



Deutsche Bank



Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 15. März 2008

118. Jahrgang Nr. 31.658

Best Debt House
in Argentina



Deutsche Bank



„Die Konsumenten entkriminalisieren“

Justizminister Fernández versprach Reformen in der Drogenpolitik

Buenos Aires (AT/cal) – „Seien wir ehrlich: Die Jugendlichen werden auch krank durch Alkohol- und Tablettenkonsum, beides legale Suchtmittel“, trug Anibal Fernández am Montag in der österreichischen Hauptstadt Wien vor. „Aber wir verfolgen sie strafrechtlich, wenn sie eine Marihuana-Zigarette rauchen.“ Der Minister für Justiz, Sicherheit und Menschenrechte verkündete in seiner Rede vor den Teilnehmern der 51. außerordentlichen Sitzung der Vereinten Nationen (UNO) über Drogenkonsum und Drogenhandel, dass Argentinien die Konsumenten von Drogen entkriminalisieren wolle. Die Regierung, so Fernández, wolle die Gesetze überarbeiten.

Tatsache ist: In Argentinien ist der Drogenkonsum bereits strafrei. Aber: Der Besitz von Drogen ist illegal. Das Problem ist also: Wenn jemand mit einem Stück Marihuana in der Hosentasche auf der Straße angehalten wird, erhält er eine Anzeige. Auch dann, wenn es eine „Minimaldosis“ für den Eigenverbrauch ist.

„In achtzig Prozent der Fälle der „Drogen-Prozesse“ stehen die Angeklagten wegen Besitz von Betäubungsmitteln vor Gericht, also wegen Eigenkonsum.“ Fernández bedauert dies, denn alle



„Der Drogenhandel hat sich ausgeweitet“, Anibal Fernández an der UN-Sondersitzung in Wien.

werden eigentlich wieder gehen gelassen, ohne dass man sie medizinisch behandelt, wenns nötig wäre. Zudem koste ein solcher Prozess dem Staat um die 5000 Dollar. „Geld, das man für Prävention oder Behandlung der Süchtigen einsetzen könnte“, so Fernández. Jeder habe das Recht auf Gesundheit. Und zu guter Letzt: Es werde viel Zeit und Energie verschwendet, die Konsumenten zu bestrafen, anstatt die Drogendealer zu verfolgen.

Die Rede des Justizministers erzeugte nicht nur Freude. Die staatliche Drogenpräventionsstelle (Sedronar) stellt sich gegen einen solchen Orientierungswechsel

in der Drogenpolitik. Die Kirche äusserte sich: „Sich zuzudröhnen ist nicht normal, weil niemand das Recht hat, sich selber zu schaden.“ Auch in Regierungskreisen reagierte man eher skeptisch auf Fernández' Rede, so dass der Ju-

stizminister öffentlich am Mittwoch klarstellen musste: „Die Regierung versucht den Schaden, den die Drogen verursachen einzudämmen, nicht aber den Markt zu öffnen.“ Drogen würden niemals frei sein. Aber anstatt die Süchtigen zu bestrafen, solle man sie besser begleiten.

Bundesrichter in der Stadt Buenos Aires befürworteten die Reformideen des Justizministers. Rodolfo Canicoba Corral: „Der Süchtige ist ein Kranker. Ab einem gewissen Punkt ist die strafrechtliche Verfolgung nicht mehr angebracht.“ Die Vertreter aus Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz, Brasilien, Ecuador, Bolivien und Uruguay an der UN-Sitzung rühmten die von Fernández vorgestellte Initiative und riefen alle auf, den argentinischen Vorschlag zu unterstützen.

Aufsehenerregender Prozess

Buenos Aires (AT/cal) – 25 Jahre Haft für die Adoptiveltern: Dies forderten sowohl die Kläger als auch der Staatsanwalt. Das Paar habe der „Tochter“ nicht nur verheimlicht, dass sie eigentlich das Kind von Regimegegnern war, die unter der Militärdiktatur (1976-83) verschleppt und ermordet worden waren. Auch habe es ihre Identität gewechselt und mit Hilfe eines Arztes Dokumente gefälscht, so der Staatsanwalt am Mittwoch in Buenos Aires. Es ist das erste Mal, dass ein Adoptivkind der letzten Diktatur gegen seine „Eltern“ klagt.

María Eugenia Sampallo Barragán war 1977 in Gefangenschaft auf die Welt gekommen. Ihre Eltern, Gewerkschafter, waren von Militärs festgenommen worden. Nach der Geburt entritt man sie den Armen ihrer Mutter. Der Ex-Militär Enrique Berthier, der in diesem Fall ebenfalls vor Gericht steht und dem dieselbe Haftstrafe droht, übergab das Neugeborene dem Paar Osvaldo Rivas und María Cristina Gómez Pinto. Erst 2001 erfuhr María Eugenia Sampallo Barragán mit Hilfe der Organisation Großmütter der Plaza de Mayo, wer ihre wirklichen Eltern waren. Sie macht dazu einen Gestest. Die heute 30-jährige Frau sagte nach dem Prozess in Buenos Aires, dass er deshalb so wichtig sei, weil er den Weg auch für andere Kinder von ehemaligen Verschwundenen ebnet. „Kinderraub darf man nicht hinnehmen.“

Kommenden Mittwoch haben die Verteidiger das Wort. Anfang April wird voraussichtlich das Urteil verkündet.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Feind Nummer eins

Kirchner-Gegner Richter Bisordi tritt von seinem Amt zurück

Buenos Aires (AT/cal) – „Kirchner macht sukzessive aus einer Republik eine Diktatur.“ Mit diesen Worten unter anderen wurde Alfredo Bisordi medial bekannt. Der Bundesrichter erklärte nämlich 2007 den damaligen argentinischen Präsidenten Néstor Kirchner zu seinem Feind Nummer eins. Dieser Richter hat nun Ende letzten Februar seine frühzeitige Pension auf Ende März angefordert.

Bisordi war Néstor Kirchner ein Dorn im Auge. Bei der Gedenkfeier „31 Jahre Militärputsch“ am 24. März 2007 hatte Kirchner dazu aufgerufen, dass das Kassationsgericht endlich die Prozesse gegen Verbrecher der letzten Militärdiktatur (1976-83) voranbringen würde – anders ausgedrückt: dass sie nicht absichtlich verzögert würden. Vorsitzender dieses Gerichtes war damals Bisordi.

Bisordis langjährige Karriere im Justizwesen begann 1967. In den 90er Jahren wurde er wegen seiner Arbeitsweise in den Ermittlungen zum Bombenanschlag gegen die israelische Botschaft kritisiert. Die jüdische Gemeinschaft warf ihm vor, er unterstelle ihnen, sie selber hätten das Attentat organisiert. Auch wurde ihm in einem anderen Fall vorgeworfen, er habe Rechtsextreme, die die Gesetze übertreten hätten, ohne ein Verfahren laufen gelassen.

Auch im Außenministerium kam es zu Rücktritten: Vize-Außenminister Roberto García Moritán verkündete, er wolle sich seinem Privatleben widmen. „Ich trete aus persönlichen Gründen zurück. Sie haben nichts mit den zurzeit im Außenministerium laufenden Ermittlungen zu tun“, sagte der 60-Jährige.

Außenminister Jorge Taiana hatte mittels eingeleiteten Untersuchungen aufgedeckt, dass der zollfreie Import, welcher Diplomaten begünstigt, missbraucht worden war. Mehrere Autos wurden mit „Diplomatenstatus“ eingeführt und dann an Privatleute in Argentinien verkauft.

Marcelo Pujó hingegen, Direktor der Abteilung für diplomatisches Zeremoniell im Außenministerium, räumte am Dienstag ein, dass sein Rücktritt mit den Ermittlungen zu tun habe. In Pujós Abteilung wurde über den zollfreien Import der Autos entschieden. Der dafür Verantwortliche, Jorge Matas, ist bereits entlassen worden. Matas ist der Hauptangeklagte in diesem Fall. Pujó fügte allerdings an: „Ich habe immer ehrlich und redlich gearbeitet.“

Victorio Taccetti, derzeitiger argentinischer Botschafter in Italien, wird Nachfolger von Vize-Außenminister García Moritán. Dies gab die Regierung am Donnerstag bekannt.

Eine Stunde länger Schlaf

Von Samstag auf Sonntag wird die Zeit umgestellt

Buenos Aires (AT/cal) – Nach drei Monaten Sommerzeit wird der Zeiger wieder zurückgedreht: Dieses Wochenende wird landesweit die Uhrzeit am Samstag um Mitternacht auf 23 Uhr umgestellt – das bedeutet eine Stunde länger Schlaf für alle. Fast für alle, wenn man es genau nimmt. Denn eine Provinz hatte sich der präsidialen Anordnung letztendlich widersetzt: die Provinz San Luis.

Vergangenen Dezember reichte Präsidentin Cristina Kirchner eine Gesetzesvorlage beim Parlament ein, die in Rekordtempo - in einem Tag - in beiden Kammern angenommen wurde. Vier Tage später wurde eine der in der Gesetzesvorlage „Effizienten Verbrauch von Energie“ festgehaltenen Sparmaßnahmen gleich in die Tat umgesetzt: Argentinien stellte nach über dreißig Jahren am 30. Dezember 2007 wieder einmal die Uhrzeit um. Sinn der Sache war das Tageslicht besser zu nutzen und somit die drohenden Energieengpässe im Sommer zu umgehen.

Argentinien hat zunehmend Probleme mit der Strom- und Gasversorgung. Bereits letzten Sommer kam es zu kritischen Momenten. Im Winter kollabierete dann zeitweise unter anderem in der Stadt Buenos Aires das System: Ganze Stadtviertel befanden sich im Dunkeln. Und diesen

Sommer - trotz Maßnahmen - kühlte aufgrund Stromunterbrüchen mancher Kühlschranks ab.

Die Regierung erhoffte sich mit der Uhrzeitumstellung, zwischen vier und sieben Prozent Elektrizität einsparen zu können. Kritiker bezweifeln allerdings, dass dies erreicht wurde. Von Regierungsseite her gibt es noch keine offiziellen Resultate. Im Energiesektor heißt es: Es wurden höchstens zwei Prozent Strom gespart.

Viele Argentinier störten sich an der Zeitumstellung. Sie bringen ihren Lebensrhythmus durcheinander. In den westlichen Provinzen des Landes hieß es, dass mit dieser Zeitverschiebung viel zu lange Tag sei. San Luis stellte sich dem Regierungsentscheid schließlich entgegen: Nach einhalb Monaten – Mitte Februar – entschied ihr Gouverneur Alberto Rodríguez Saá, die Zeit wieder zurückzustellen. Rodríguez Saá, bekennender Gegner des Präsidentenpaares Kirchner, sah es als erwiesen an, dass durch die Zeitverschiebung nicht weniger Strom konsumiert worden war.

Seit 1920 wurde in Argentinien 55 Mal die Uhrzeit umgestellt. Die derzeitige Regierung wird nun abklären, was es dieses Jahr gebracht hat. Sind die Resultate positiv, heißt es nächsten Sommer wieder: Zeit vorstellen!

WOCHENÜBERSICHT

Tote nach Kollision von Zug und Reisebus

Ein Zug ist in Argentinien an einem Bahnübergang in einen Reisebus gerast und hat dabei 17 Menschen in den Tod gerissen. Weitere 50 Personen wurden bei dem Unfall vom Sonntag vergangener Woche verletzt. Der Doppeldeckerbus mit 65 Menschen an Bord hatte kurz nach Mitternacht Augenzeugenberichten zufolge in der Ortschaft Dolores, etwa 200 Kilometer südwestlich von der Hauptstadt Buenos Aires, die Geleise trotz heruntergefahrenen Schranken überqueren wollen. Dabei wurde er von dem mit etwa 250 Menschen besetzten Zug zwischen Buenos Aires und dem Küstenort Mar del Plata erfasst. Die Lokomotive und mehrere Waggons entgleisten. Überlebende berichteten, die roten Blinklichter und die Warnglocke am Bahnübergang hätten funktioniert. Die zwei Buschauffeure wurden nach dem Unfall vorerst festgenommen.

Trelew-Massaker: Militär will in den USA aussagen

Der sechste Gesuchte im Fall „Massaker von Trelew“ ist in den USA aufspindig gemacht worden. Der ehemalige Fregattenleutnant Roberto Guillermo Bravo weigert sich aber aufgrund des Haftbefehls nach Argentinien zu reisen. Er wolle in Miami vor einem argentinischen Richter aussagen, wo er seit 1987 lebt. Die USA allerdings klären nun ab, ob sie ihm die US-Staatsbürgerschaft entziehen und ihn ausliefern. Den an-

deren fünf bereits in Argentinien festgenommenen Ex-Militärs der Marine wird der Prozess gemacht, sie bleiben vorerst in Untersuchungshaft. Dies hat der zuständige Bundesrichter Hugo Sastre letzten Montag bekannt gegeben. Die sechs Militärs werden für die Ermordung von 16 Regimegegnern verschiedener Guerilla-Bewegungen in der Stadt Trelew im Jahr 1972 verantwortlich gemacht.

33 Frauen starben durch Mannes Hand

Alle zwei Tage wird in Argentinien eine Frau von einem Mann umgebracht. Seit Anfang Jahr starben 33 Frauen. Die meisten davon sind vom Partner oder Ex-Partner ermordet worden. Die Opfer sind aus verschiedenen Altersklassen und Sozialschichten. Dies geht aus einem Bericht der Tageszeitung Clarín hervor, die sich auf die publizierten Todesfälle stützt. Zahlreiche Organisationen fordern, dass die Regierung gegen die zunehmende Gewalt zu Hause etwas unternimmt, sie gehen nämlich davon aus, dass die Dunkelziffer viel höher ist. Nach Angaben der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) sind in Argentinien 25 Prozent der Frauen Opfer einer Gewalttat.

Möglicher erster Todesfall durch Gelbfieber

In der Stadt Oberá in Misiones ist letzten Dienstag wahrscheinlich der erste Mensch an einer Gelbfieberansteckung gestorben. Beim Mann traten alle typischen Symptome der Krankheit auf. Die

Resultate der Blutprobe werden allerdings noch erwartet. Dies teilte das Gesundheitsministerium der nördlichen Provinz mit. Der 39-jährige Tabakanbauer, der nicht gegen die Viruskrankheit geimpft war, lebte in Santa Rosa, nahe der Gegend, wo Ende Januar mehrere tote Affen aufgefunden worden waren. Diese waren nachweislich am Gelbfiebertivirus gestorben. Bei zwei anderen Personen wurde in Misiones am Donnerstag Gelbfieber diagnostiziert. Bei weiteren drei Menschen steht der Verdacht auf eine Ansteckung. Bis die medizinischen Resultate eintreffen, sollen alle vorerst in den Spitälern bleiben, ordnete der Gouverneur von Misiones, Maurice Closs, an.

Haftbefehle gegen 18 Militärs und Polizisten

Bundesrichter Sergio Torres hat am Dienstag die Festnahme von 18 Militärs und Polizisten angeordnet. Sie werden wegen Menschenrechtsverletzung in der ehemaligen Mechanikerschule der Kriegsmarine (ESMA) in der Stadt Buenos Aires während der letzten Militärdiktatur (1976-83) angeklagt. In der ESMA funktionierte damals das größte vom Staat geführte Geheimgefängnis Argenti-

niens. Rund 5000 mutmaßliche Regimegegner wurden dort festgehalten, gefoltert und fast immer danach ermordet.

Demonstranten zertrümmerten Büros

Fensterscheiben, zwanzig Computer, Türen, Schreibtische – alles kaputt. Eine Gruppe Demonstrierender zertrümmerte am Mittwochmorgen Büros des Ministeriums für soziale Entwicklung der Stadt Buenos Aires. Die rund hundert Personen protestierten, weil die Stadtregierung Sozialbezüger neu eingeschätzt und darauf verschiedene von ihnen aus der Liste gestrichen hatte. Nach einem schriftlichen Aufruf seitens der Regierung hatten sich aber von den rund 5200 angeblich arbeitslosen Personen, die bisher Sozialgelder ausbezahlt erhielten, lediglich 2100 gemeldet. Weiter konnte festgestellt werden, dass von der auf der Liste fungierenden Personen 300 bereits wieder eine Arbeitsstelle hatten, davon 25 als Regierungsangestellte. Die Protestierenden warfen der Stadt vor, dass sie beabsichtige, „alle Sozialpläne“ zu eliminieren. Es kam zu keinen Verhaftungen.

(AT/cal/dpa)

Randglossen

Ein Erpressungsversuch mit Schmiergeld von 55.000 Dollar flog in der Stadtverwaltung von Buenos Aires auf, nachdem ein Betrieb wegen angeblicher Umweltschäden geschlossen worden war und ein Anwalt eingeschaltet wurde, der mit den zuständigen Beamten für die Zulassung des Betriebes unter einer Decke steckte. Bei der Sichtung zahlloser Subventionen in der gleichen Stadtverwaltung stellte sich heraus, dass zahlreiche Begünstigte gleichzeitig Stadtbeamte waren oder sonstwo Gehälter bezogen. Als Reaktion darauf zerstörten mehrere Vandalen ein städtisches Büro nach einer Kundgebung angeblicher Sozialbegünstigter, offenbar als Warnung an die Stadtregierung, Sozialprünken nicht anzutasten. Der Augiasstall, den Regierungschef Mauricio Macri ausräumt, stinkt in den Himmel.

Mehrere Oppositionsparteien wollen gemeinsam einen Vorschlag zur Reform des Wahl- und Parteiengesetzes vorbereiten, damit sich die skandalösen Wartezeiten vor den Wahlurnen wie am 28. Oktober 2007 nicht wiederholen, weil die Wähler Mühe haben, unter viel zu vielen Wahlzetteln auszusuchen. Auch die Doppellisten mit gleichen Spitzenkandidaten zwecks Wählerwerbung für letztere sollen abgeschafft werden. Diese Doppellisten, Spanisch genannt „colectoras“, hatten am 28. Oktober massgeblich zum Wahlsieg von Cristina Kirchner beigetragen, so dass anzunehmen ist, dass deren Abschaffung auf geringe Gegenliebe in Regierungskreisen stossen dürfte. Gängige Wahlmanipulationen geniessen stets die Vorliebe der begünstigten Kandidaten, auch wenn sie das Wahlvolk verärgern.

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 4334-4400

Kirchner als Parteipräsident

Ganz anders als während seiner viereinhalbjährigen Präsidentschaft hat sich Néstor Kirchner seit seinem Abtritt um den Vorsitz der Justizialistischen Partei bemüht. Die Parteitradition, nicht die Statuten, schreibt vor, dass ein justizialistischer Präsident des Landes kraft dieses Amtes den Vorsitz der Partei übernimmt. Kirchner hat diese Tradition bewusst abgelehnt und sich anfangs als Staatschef bemüht, mit anderen Politikern anzubandeln. Das wurde im Politikjargon „transversal“ genannt und scheiterte kläglich. Danach richtete Kirchner seine Bemühungen, um Unterstützung und Stimmen zu fangen, an etablierte Parteien, mit denen er eine sogenannte Konzertation absprach. Das betraf vor allem die Radikalen der UCR, deren Gouverneure, Bürgermeister und Parlamentarier, die sich nicht an die Parteiweisungen hielten, auch Kandidaturen mit der Regierungspartei eingingen, allen voran der Exgouverneur von Mendoza Julio Cobos als Vizepräsident mit Cristina Kirchner. Der Parteisiegel „Front für den Sieg“, den Kirchner zwecks Wahlfang organisierte, konnte freilich nur massiv Stimmen gewinnen, wenn die Justizialisten als Partei mitmachten.

Nachdem Kirchners Gattin Cristina mit 45 Prozent der Stimmen am 28. Oktober 2007 gesiegt hatte, kümmerte sich der Expräsident um seine Partei, der er in der Heimatprovinz Santa Cruz angehört und für die er dort zum Bürgermeister von Rio Gallegos und Provinzgouverneur, letzteres Amt gleich drei Mal, gewählt wurde.

In einem gemieteten Büro im Nobelviertel Puerto Madero organisierte Kirchner im Gespräch mit Gouverneuren, Bürgermeistern, Parlamentariern und Parteigrößen den Parteitag, Spanisch genannt „Congreso“, für den Freitag der Vorwoche. Das Unternehmen gelang und funktionierte wie am Schnürchen. Der nationale Parteitag hatte vier Jahre lang geschlafen. Nur die Parteitage und –vorstände in den Gliedstaaten blieben wach und kümmerten sich um Wahlallianzen, Kandidaturen und Wahlfeldzüge, während der nationale Parteitag schlief. Trotz mehrerer Vorstöße zumal der Justizialisten, die in Opposition zu Kirchner stehen (Expräsidenten Carlos Menem und Adolfo Rodríguez Saá sowie Gouverneur Alberto Rodríguez Saá von San Luis), wurde der Parteitag nie einberufen, ebensowenig wie Neuwahlen. Der von der Wahlrichterin Maria Servini de Cubria eingesetzte Interventor Ramón Ruiz und der wendige Parteisekretär Jorge Landau, der alle Formalitäten für die Partei erledigt, sorgten dafür, dass der Parteischlaf nicht gestört werde.

Am Parteitag vom 8. März in Parque Norte erschienen 803 Delegierte aus dem ganzen Land, immerhin 86 Prozent von insgesamt 916 Mitgliedern. Den Vorsitz führte Antonio Cafiero, der zur alten Garde der Partei gehört, war er doch schon in den frühen fünfziger Jahren Minister im Kabinett von Präsident Juan Domingo Perón und später abermals Minister unter seiner Nachfolgerin Isabel Perón sowie Botschafter in Chile und wiedergewählter Gouverneur der mächtigen Provinz Buenos Aires. Cafiero sprach nur zehn Minuten. Nachher durfte kein Delegierter reden. In knapp einer Stunde wurden Wahlen für einen neuen Parteivorstand, Spanisch „Consejo“, am 18. Mai einberufen, die Néstor Kirchner zum Parteipräsidenten küren werden. Gewünscht ist, dass sich keine andere Liste meldet, damit auch die Vizepräsidenten und Sekretäre gewählt werden. Hierüber beginnt jetzt das übliche Postengerangel. Fünf Vizepräsidenten werden Kirchner zur Seite stehen. Gildo Insfrán, Gouverneur von Formosa, wurde mit dem Vorsitz des Parteitags betraut. Ihn begleiten Gouverneure und andere Parteimacher.

Der künftige Parteivorstand wird mit 75 Mitgliedern bestellt, etwa die Hälfte der bisherigen 146, aber mehr als nur 40 oder 50, die Kirchner, wie verlautet, vorgeschwebt hatten. Offenbar musste er in seinen vorbereitenden Gesprächen Zugeständnisse für künftige Parteiposten machen.

Zum ersten Mal in der Parteigeschichte seit dem Tod des Parteigründers Juan Domingo Perón hat es im Parteitag weder Reden noch Streit, Widerspruch oder sogar Gewaltszenen gegeben. Langweiliger konnten sich die 803 Delegierten den Ablauf des einstündigen Parteitags nicht vorstellen. Aber Néstor Kirchner hat sein politisches Ziel erreicht. Am 18. Mai wird dem Parteivorstand vorsitzen und sich anschließend der echten Parteipolitik widern, das sind Allianzen, Kandidaturen und Wahlfeldzüge, während er gleichzeitig hinter den Kulissen der Regierung weiter wirkt wie bisher. Mit der Kasse der Regierung lassen sich beliebige viele Politiker einspannen, wie es Kirchner längst vorexerziert hat.

AUSFLÜGE UND REISEN

Gefährdete Bronzedenkmäler

Aus Ton, Gips, Granit, aus Marmor, dann auch aus Bronze waren seit jeher die Statuen verdienter Bürger, Staatsmänner oder Feldherrn. Der Stadt Buenos Aires mangelt es nicht an Monumenten. Es sind immerhin an die 900, die viele öffentliche Plätze zieren, von bescheidenen Büsten und Reliefs bis hin zu Stelen und Monumentalskulpturen. Das wohl bedeutendste von allen nennt sich „A España“, umfasst 28 Standbilder aus Bronze und befindet sich, relativ wenig beachtet, am Ende der Costanera Sur, 1936 geschaffen vom Bildhauer Arturo Dresco und als Hommage an das Mutterland Spanien enthüllt.

Seit einigen Jahren ist es vor allem um die Bronzestatuen zunehmend schlecht bestellt, denn durch die hohen Kupferpreise lohnt es sich für Langfinger, Bronzelegierungen jeder Art zu entwenden und an Aufkäufer zu verhöckern. So sind in jüngster Zeit zahllose Bronzeplaketten und sonstiges Zierat verschwunden. Sogar an gestandene Monumente machten sich die Ganoven mit Meißel und Säge heran.

Beispielsweise wurden im Parque Lezama Romulus und Remus, die von der kapitolinischen Wölfin ge-säugt werden, abgesägt und



Die römische Wölfin im Botanischen Garten.

abtransportiert; die Lupa Romana blieb ohne ihre menschlichen Säuglinge. Zum Glück gibt es von dieser historischen Skulptur noch ein Original, das im Botanischen Garten steht.

Auch an zahlreichen anderen Bronzestandbildern versuchten sich die Ganoven, mit mehr oder weniger Glück. Nahe des Museums für Bildende Künste zwischen Avenida del Libertador und Avenida Figueroa Alcorta, befinden sich der Kentaur und, etwas weiter, Herkules. Der sterbende Kentaur von Antoine Bourdelle steht schwer getroffen vom Pfeil des Herkules oder Herakles, der nur 50 Schritte entfernt seinen Bogen spannt. Als die Fachleute vor drei Jahren diesen Herkules näher betrachteten, stellten sie fest, dass die Skulptur um etwa 30 Zentimeter verrückt worden war, offen-

bar, um sie auf einen Lastwagen zu verladen und abzutransportieren. Vorsorglich wurde der Herkules also ins Restaurationslabor geschafft, um überholt zu werden; jetzt steht er wieder an seinem Ort, aber gut verankert.

Ständig wiederholen sich Meldungen vom Diebstahl öffentlicher Bronzedenkmäler, eine Folge der hohen internationalen Preise für das Grundmetall Kupfer in der Bronze (der andere Teil der Legierung ist Zinn). Zum Glück stehen einige Standbilder auf ihren Sockeln unerreichbar hoch, wie etwa die von Alvear oder Mitre in der Recoleta, oder von Kolumbus auf der Plaza Colón nahe dem Regierungsgebäude.

Auch von Diebstählen von Glocken im Landesinneren hört man gelegentlich, doch hier haben es die Abnehmer aus Sammelgründen mehr auf das Objekt als solches abgesehen.

Der spektakulärste Fall ereignete sich vor einem Jahrzehnt im Parque Lezama. Hier befand sich eine Bronzestatue des bayrischen Landsknechts Utz Schmidl, 1967 in Anwesenheit von Willy Brandt enthüllt. Dort stand der Büchsenmacher aus Straubing, bis er eines Tages von seinem Podest verschwand. Zunächst dachte man, die Stadtverwaltung hätte ihn zur Restaurierung fortgeschafft. Doch

rasch ergab sich, dass die Büste gestohlen worden war.

Ein Glücksfall will es, dass Schmidl längst wieder auf seinem Podest am Parque Lezama steht, der Ort, von dem man ursprünglich glaubte, dass Pedro de Mendoza dort 1536 zum ersten Mal Buenos Aires gegründet hätte. Es stellte sich nämlich heraus, dass von der Skulptur im fernen Santiago del Estero das von Fioravanti modellierte Gipsoriginal existierte. Es wurde nach Buenos Aires gebracht und im zuständigen Atelier ein Silikonabzug angefertigt, von dem wiederum eine Zementkopie gegossen wurde. Bronzefarben übertüncht, wenn auch heute schon etwas abgeblättert, steht Schmidl nun wieder an seinem ursprünglichen Platz.

Hoffentlich haben andere Monumente von Buenos Aires mehr Glück. Zunächst hat die Stadtverwaltung die meisten Standbilder eingezäunt, doch ob das allein genügt, muss sich zeigen.

Ostern in Tierra Santa

Anlässlich der bevorstehenden Osterwoche veranstaltet der Themenpark Tierra Santa am Mittwoch, Gründonnerstag, Karfreitag, Karsamstag und Ostersonntag, dem 23. März, zahlreiche Schaustellungen, wobei besonders am Karfreitag die Passionsprozession zu erwähnen ist, die sich ab 14.30 Uhr alle anderthalb Stunden wiederholt. Der Begriff kar stammt aus dem Althochdeutschen kara und bedeutet sw. Klage. Der Ostermontag, 24. März, ist in Argentinien gesetzlicher Feiertag.

Marlú

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.



Flyer
Lufthansa
City Center

(Zona Norte)

Leg. 213 Res.04447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de



Die Büste von Utz Schmidl ist nicht mehr aus Bronze.

Der Holocaust im Unterricht

Das "Programm zur Ausbildung von Sekundarschullehrern für die Vermittlung des Holocausts" gibt argentinischen Lehrern Hilfestellung

Von Ulrike Langheineken

Buenos Aires (AT) - "Wie kam es zum Holocaust? Was bedeutet das Wort eigentlich? Welches waren die Vorläufer, Verursacher etc? Weshalb habt ihr nichts dagegen getan?" Diese Fragen stellen Jugendliche in Deutschland häufig ihren Großeltern und Lehrern. Die Behandlung der Shoah (Holocaust) ist fester Bestandteil des Lehrplans aller Bundesländer und somit auch der Lehrerbildung für Primar- und Sekundarschulen. Ebenso selbstverständlich wird das Thema weltweit an jüdischen Schulen behandelt, um präventiv gegen das Vergessen, gegen Indifferenz und Unwissen und vor allem dagegen, dass sich eine solche Tat wiederholt, anzugehen. Was aber für deutsche und jüdische Schüler ein offensichtlich sinnvolles Lernziel ist, kann durchaus auch in anderen Ländern zur Erziehung und Bildung der Jugendlichen verwendet werden.

Erstmals wurde nun in Argentinien als bislang einzigem lateinamerikanischen Land unter Zusammenarbeit des Jüdischen Sozialwerks Asociación Mutual Israelita Argentina (AMIA), der argentinisch-deutschen Industrie- und Handelskammer und der deutschen Botschaft ein Programm für die Ausbildung von Sekundarschullehrern zur Didaktik des Holocausts entworfen. Unterstützt wird das Projekt von der 1998 gegründeten Arbeitsgruppe "Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research" (Einsatzgruppe für die Internationale Kooperation bei der Vermittlung, der Erinnerung und der Erforschung des Holocausts). Anlass für den Entwurf des "Programms zur Ausbildung von Sekundarschullehrern für die Vermittlung des Holocausts" (Programa de Formación de Docentes de Escuela Media para la Enseñanza del Holocausto) ist ein Beschluss der Vereinten Nationen (UN). Im November 2005 einigten sich die mehr als 190 Mitgliedsstaaten darauf, dass die Erinnerung an den Holocaust durch Unterricht und Forschung international obligatorisch sein solle und verpflichteten sich dazu, Lehrprogramme zu entwickeln, um die Thematik der Shoah an Schulen zu behandeln.

"Fremdenhass und Diskriminierung", heißt es in der Präsen-



Das Holocaust-Museum in der Montevideo 919: beliebtes Ziel von Schulklassen und "Höhepunkt" des Programms.

(Foto: ula)

tion des Ausbildungsprogramms der AMIA, "sind in der Aktualität Argentinens trotz der unzähligen Einwanderungswellen keine Seltenheit." Die Behandlung der Shoah, "Symbol der Grausamkeit, der Intoleranz und der Unfähigkeit, den Anderen in seiner An-

dersartigkeit zu respektieren, kann dazu beitragen eine Gesellschaft zu schaffen, die sich für individuelle Vielfalt und Demokratie einsetzt", hofft die Verantwortliche für den Entwurf des Ausbildungsprogramms, Prof. Batia de Nemirovsky, Direktorin der Erziehungs-

abteilung der AMIA.

Bislang habe die Behandlung der Shoah in nicht-jüdischen Sekundarschulen Argentiniens laut Nemirovsky weitgehend vom Gutdünken der jeweiligen Lehrer abgehungen. So besuchten einige Sekundarschulklassen beispielsweise das Holocaustmuseum (in Montevideo 919, gestiftet von der Fundación Memoria del Holocausto). "Im Allgemeinen aber", erklärt sie, "ist die Shoah ein sehr schwieriges Unterrichtsthema für die Lehrer. Häufig fühlen sie sich nicht ausreichend ausgebildet, um die historischen Prozesse, welche diese Zeit begleiteten, ihren Schülern zu vermitteln, so dass sie im ungünstigsten Fall letztlich das Thema ganz umgehen oder lediglich als Nebenerscheinung des 2. Weltkriegs abhandeln."

Um das fehlende Hintergrundwissen der Lehrer und die dadurch verursachten Unsicherheiten zu vermeiden, nehmen jetzt insgesamt 120 Lehrer an dem von der AMIA organisierten Ausbildungsprogramm teil. In der ersten Etappe wurden im vergangenen Jahr bereits erfolgreich die ersten 30 Sekundarschullehrer der Stadt Buenos Aires ausgebildet.

Zunächst schien es eine trockene Ausbildung in Form eines dreistündigen Dozentenvortrags zu werden, erinnern sich Estela Domínguez Halpern, Rektorin der Sekundarschule Instituto Industrial Luis A. Huergo in San Telmo, ihre Schwester Silvina Domínguez Halpern, Studiendirektorin an derselben Schule, und die Psychopädagogin Andrea Pardillas, die im ersten Block an dem Programm teilnahmen. Dann aber sei es alles andere als langweilig gewesen. "Wir waren von der ersten Sekunde an wie gefesselt! Der Vortragende hat von Beginn an für uns sehr s c h o - ckierendes Material verwendet, da-rauf waren wir emotional nicht vorbereitet." Das Seminar habe ihnen nicht nur historische Fakten und Einblicke in aktuelle Debatten vermittelt, sondern sie auch mit vielen nahegehenden Bildern und Berichten von KZ-Häftlingen konfrontiert.

Als Höhepunkt des Ausbildungszyklus bezeichnen die drei Pädagoginnen einstimmig den Besuch im Holocaustmuseum, bei dem eine polnische Holocaust-

Überlebende jüdischer Herkunft von ihren Erfahrungen berichtet. „Wir wussten nicht mal, dass es tatsächlich Holocaust-Überlebende in Argentinien gibt, die bereit sind, vor Schulklassen von ihren Erlebnissen zu erzählen“, gesteht die Rektorin der Luis A. Huergo-Schule. Zusammen mit ihrer Schwester ist sie sich darüber einig, dass die Fortbildung insgesamt sehr viel „bewegender“ und „lehrreicher“ als erwartet gewesen sei. Eingeschrieben hätten sie sich zunächst vor allem aus persönlichem Interesse. Nun wollen sie ihre Kenntnisse und Erlebnisse nicht nur selbst im Unterricht verwenden, sondern auch den anderen Lehrern an ihrer Schule übermitteln. Dafür stellen sie u.a. in der AMIA erworbenes und selbst gestaltetes Lehrmaterial wie Bücher, Artikel, Gedichte, Lieder und Erzählungen von Zeitzeugen, Filme etc. in ihrer Schulbibliothek zur Verfügung. Ziel ist, dass „die Teilnehmer des Kurses ihre Erfahrungen verbreiten und in Zusammenarbeit mit ihren Kollegen neue Lehrmaterialien für den Unterricht entwickeln“, sagt Nemirovsky, die bewusst den beschönigenden Begriff „Holocaust“ (griech. holokáutoma: „vollständig Verbranntes“; ursprünglich zur Bezeichnung von Opferritualen) vermeidet.

Tatsächlich sei es anfangs nicht leicht gewesen, Holocaust-Überlebende, die heutzutage alle über 75 Jahre alt sind, dazu zu überreden, ihre Erfahrungen mit Schulklassen zu teilen, berichtet die Ausbildungsleiterin. Inzwischen hätten sie aber erkannt, wie wichtig und hilfreich ihr Beitrag sei. „Wenn sie vor Schülern davon erzählen, wie sie flüchteten, wie sie deportiert und ihre Familien zerstört wurden, wenn sie ihnen auf dem Stadtplan zeigen können, in welcher Straße von Berlin ihr Haus stand, das heute nicht mehr existiert oder nicht mehr ihr Eigentum ist, wer könnte dann noch die Grausamkeiten der Shoah leugnen?“

Für die Didaktisierung, so Nemirovsky, müsse man auch die familiären Hintergründe der Lehrer und Schüler selber beachten. Sie betont, dass es „für einen deutschen Lehrer, dessen Großeltern gegebenenfalls Mitglieder der SS oder der Gestapo gewesen sind, sicherlich einer anderen Herangehensweise bedarf als für einen argentinischen Lehrer, der keinerlei persönliche Beziehung zu der Thematik hat.“ Dennoch könne man durchaus auch in Argentinien mit emotionalen Reaktionen aufgrund persönlicher Erlebnisse

seitens der Schüler und Lehrer rechnen, deren Familien eventuell ähnliche Schicksale während der argentinischen Militärdiktatur erlebt hätten.

Zum Abschluss mussten die Teilnehmer des ersten Ausbildungsblocks einen Test mit Fragen zu verschiedenen Themenkomplexen bestehen sowie einen Bericht zu einem mit dem Holocaust verbundenen Thema schreiben und didaktisch ausbauen. Der Verfasser der besten Abschlussarbeit soll sogar mit einer Studienreise nach Polen, Israel und eventuell Deutschland belohnt werden. Außerdem werde, laut Nemirovsky, bereits mit dem Erziehungsministerium der Stadt Buenos Aires über eine Erweiterung des Programms auf die Lehrerbildungszentren gesprochen. Als nächstes sollten also auch die Dozenten, welche die zukünftigen Lehrer ausbilden, an diesem oder einem ähnlichen Programm teilnehmen.

Die Idee des Projekts ist, die Shoah nicht nur als historisches Phänomen zu betrachten, sondern fächerübergreifend zu unterrichten. Dementsprechend wendet es sich nicht nur an Geschichts-, sondern auch Sprach-, Kunst-, Philosophie-, Ethik- und Technologielehrer. Dass sogar im Fach Ingenieurwissenschaften der Holocaust thematisiert werden kann, zeigt die Abschlussarbeit von

Estela Domínguez. „Modernität, Technologie und Holocaust“ lautet der Titel ihrer Arbeit, in der sie u.a. vorschlägt, den architektonischen Entwurf des Lagers Bergen-Belsen im Unterricht zu betrachten. „Was ging im Kopf des Ingenieurs vor sich, als er den Plan für die Gaskammern entwickelte? Was dachte sich der Architekt, der die Baracken entwarf?“ Solche und ähnliche Fragen möchte Domínguez mit ihren Schülern besprechen.

Im Unterrichtsentwurf ihrer Kollegin Andrea Pardillas dagegen soll die Verfilmung des Buches „Das Tagebuch der Anne Frank“ die Schüler im Ethikunterricht zu einer Diskussion über Werte, Diskriminierung und Ras-

mus anregen. Eigentlich wollte sie die Tragikomödie „Das Leben ist schön“ von Roberto Benigni verwenden. Davon habe ihr aber eine Betreuerin des Ausbildungsprogramms abgeraten, weil der Film nicht die Wirklichkeit darstelle.

In einem sind sich die drei Lehrerinnen einig: Sollte eine von ihnen die Reise für die beste Abschlussarbeit gewonnen haben, möchten sie auf ihren Gewinn verzichten. „Das Seminar hat einen so bleibenden Eindruck hinterlassen, dass wir keinen Besuch eines Konzentrationslagers benötigen, um zu wissen, dass die Shoah schrecklich war und eine Wiederholung mit allen Mitteln verhindert werden muss!“

Merkmale des Programms

- Zielgruppe: 120 Sekundarschullehrer des ganzen Landes.
- Aufteilung: 08/07-12/07 Einführungsphase: 30 Lehrer aus Buenos Aires-Stadt; 03/08-07/08 1. Etappe: 60 Lehrer aus Buenos Aires-Stadt und Provinz Buenos Aires; 08/08-12/08 2. Etappe: 30 Lehrer aus dem Landesinneren.
- Zeitlicher Umfang jedes Kurses: 60 Lehrstunden verteilt auf 20 Sitzungen à 3 Stunden.
- Vortragende: Historiker der AMIA (Spezialisten für die Thematik der Shoah), Dozenten des Dachverbands der jüdischen Gemeinschaften DAIA (Delegación de Asociaciones Israelitas Argentinas) und des Simon Wiesenthal-Zentrums.
- Wesentliche Themenblöcke des 1. Ausbildungsabschnitts: Entstehung und Entwicklung des Antisemitismus, der 2. Weltkrieg und der Holocaust.

Friedens-Radler

Buenos Aires (AT/das) – In Moskau empfing sie Bürgermeister Juri Luschkow, zwei Tage vor Istanbul wurden sie im Sattel von einem Erdbeben überrascht. Sie sind viel herumgekommen auf ihren Radreisen, haben noch mehr gesehen – in Argentinien waren sie noch nie. „Das wird eine unserer abenteuerreichsten Touren“, sagt Peter Scheunemann. Seine Radfahrer-Kollegen, die in gelben und roten Leibchen an den Tischen des Grillrestaurants sitzen, nicken. Sie wissen, was auf sie zukommt: Rund 140 Kilometer Strecke müssen in den nächsten Wochen pro Tag gefahren werden. In insgesamt 14 Etappen werden sie bis zum 24. März 1.600 Kilometer hinter sich lassen. Vom Obelisk im Zentrum Buenos Aires geht es nach Santiago de Chile. Es ist die erste Internationale-Touristische-Friedensfahrt (ITF), die durch Südamerika führt.

Ein hartes Stück Arbeit für harte Kerle – doch mit Christa



Die Teilnehmer der ITF 2008 vor dem Obelisk.

Friedmann ist auch eine Frau unter den Friedens-Radlern, die aus Berlin und Brandenburg nach Argentinien gekommen sind. „Christa ist unentbehrlich fürs Team“, sagt Gerd Heidemann aus Potsdam. „Sie ist die Einzige von uns,

die Spanisch spricht – ohne sie könnten wir uns nicht mit den Menschen hier verständigen.“

Das ist aber von zentraler Bedeutung: Völkerverständigung ist das große Ziel, für das die Gruppe aus Deutschland in die Pedale



Auch Ehepaar Reckziegel kam zum Empfang der Friedens-Radler.
(Fotos:das)

tritt. „Mit unseren Touren möchten wir den Gedanken einer Welt, die in Frieden lebt, von Land zu Land tragen“, sagt Scheunemann. Seit 1984 tut er das schon. Damals gründete der Ludwigsfelder mit DDR-Radsportlegende Gustav-Adolf „Täve“ Schur die Friedens-tournee. Zunächst beschränkte man sich auf die Strecke des Radklassikers „Friedensfahrt“, zwischen Berlin, Prag und Warschau. Später wurden die Ziele mit Barcelona, Athen und Paris immer internationaler.

Schon der Auftakt zur diesjährigen Rundfahrt war gelungen. Vor zwei Wochen trafen sich die Teilnehmer – vom Jetlag noch leicht mitgenommen – in Martinez nördlich der Capital Federal. Der „Club Berlin“ hatte zu Bier und Steak ans Ufer des Rio de la Plata geladen. Anschließend wurde Buenos Aires auf dem Zweirad erkundet: Vom Bahnhof Retiro ging es vom Teatro Colón, über Puerto Madero, bis hinunter in den Süden zum Parque Le-zama. Schon während dieser ersten Stunden der ITF 2008 wurde deutlich, dass die Fahrt nur ein Erfolg werden kann. Die argentinischen Gastgeber gaben ihren Gästen Tipps zum Verzehr des Bife, die deutsche Delegation brachte die Argentinier mit ihrem trockenen Berliner Humor zum Lachen: Völkerverständigung geglückt.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,17. Die Reflex Terminkurse betragen zum 31.3. \$ 3,154, 30.4. \$ 3,164, 1.6. \$ 3,174, 30.6. \$ 3,184, 31.7. \$ 3,196, 1.9. \$ 3,210, 30.9. \$ 3,220, 31.10. \$ 3,240, 1.12. \$ 3,258, 2.1. \$ 3,276, 2.2. \$ 3,292 und 2.3. \$ 3,305.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,3% auf 2.149,91, der Burcapindex um 1,7% auf 7.912,06 und **der Börsenindex um 1,8% auf 120.540,04.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 1,5% auf \$ 2,742.

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betragen am 29.2.08 US\$ 49,26 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 71,17 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 48,86 Mrd. bzw. \$ 69,67 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 47,75 Mrd. bzw. \$ 70,03 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 34,94 Mrd. bzw. \$ 57,19 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 29.2.08 159,57%

Die Tankstellenzahl geht in Argentinien zurück. Nach Angaben von Unternehmern des Bereiches gab es zu Jahresende 07 noch knapp 4.600 Zapfstellen, um 16% weniger als Ende 03. Hauptgrund der Schliessungen sei die unbefriedigende Rentabilität, durch

die Zunahmen der direkten und indirekten Kosten die im Treibstoffpreis nicht angerechnet werden dürfen, wie M. Rovasio, Präsident des Unternehmerverbandes Cecha, mitteilt.

Binnenhandelssekretär Moreno hat die Ansuchen der Milchbauern über einen angemessenen Milchpreis erneut zurück gewiesen. Bei einer neuen Besprechung erklärte der Staatssekretär, dass die Branche Geld verdiene. Er erklärte sich nur bereit, über das Thema erneut in 45 Tagen zu sprechen. Die Milchlieferanten fordern, statt den ihnen jetzt zugestandenem \$ 0,80 pro Liter mehr als \$ 1, doch Moreno zeigte einen Bericht über die Kosten eines der wichtigsten Molke-reiunternehmen des Landes, der Firma des Vizepräsidenten des Landwirtschaftsverbandes SRA (Sociedad Rural Argentina), Hugo Biolcati. Nach diesem Bericht kostet die Gewinnung von einem Liter Milch nur 48 Centavos. Biolcati erklärte dazu, die Aufstellung die von ihm verlangt wurde, enthielt nicht alle Kostenfaktoren, wie die Kosten von Grund und Boden und die Amortisationen der Kapitalgüter. Bei Berücksichtigung aller Kosten käme der Selbstkostenpreis der Milch auf gut 80 Centavos.

Die Regierung hat mit Schlachthöfen, Metzgereien und Supermärkten ein Abkommen unterzeichnet, in dem sich alle Beteiligten verpflichten, dass Rindfleischpreise auf den Stand von Januar zurückgehen werden. Das Abkommen schliesst die Viehzüchter nicht ein. Der Referenz-

preis für das Lebewiehe wurde demnach nicht erklärt, obwohl einigen Lesarten zufolge dieser Referenzpreis bei \$ 3,08 pro kg liegen würde. Für den halben Rinderleib wurde ein fester Preis bestimmt; allerdings teilt die Regierung diesen Preis nicht mit. Lesarten zufolge soll der für Kälber \$ 7,86 pro kg betragen. Auf den Preislisten für Endverbraucher steht z.B., dass das kg Jungochsenasado \$ 7,66 pro kg zu betragen hat. Das Abkommen bestimmt die Endpreise von 13 verschiedenen Schnitten. Für die Bestimmung ihrer Preise wurden alle Januardurchschnitte einbezogen. Es wurde nicht erklärt, wie diese Preisbestimmungen umzusetzen sind, nach 14 Tagen, in denen Viehzüchter, Schlachthöfe und Metzger wiederholten, dass es angesichts des ungenügenden Angebotes unmöglich sei, billiger zu verkaufen.

Nach einem Bericht des Landwirtschaftssekretariates übertrifft die Lagerkapazität der argentinischen Getreideheber 8,1 Mio. t, und die Ladegeschwindigkeit auf Schiffe 66.000 Tonnen pro Stunde. Das zeige eine Vergrößerung der Lagerkapazität um 44,6% seit 2001 und der Ladegeschwindigkeit um 27%. Damals konnten rd. 52.000 t/h geladen werden. Der gesteigerte Materialfluss, die Ladegeschwindigkeit, und die schnellere Abfertigung der Schiffe, verringern die Lager- und Ladekosten und machen die Häfen international konkurrenzfähiger.

Die Regierung gestattet jetzt dreimal so grosse Schuldaufgaben kleiner und mittelständischer Unternehmen (Pymes). Nach den neuen Verordnungen, beträgt die Obergrenze für diese Auflagen \$ 15 Mio. Sie wurden im Rahmen der Vereinfachung des Zuganges von Pymes zu Kapitalmärkten von 1993 erlassen. Die erste Vereinfachung von 2006 gestattete mehr als 3.000 Pymes, sich an der Börse von Buenos Aires zu finanzieren.

Das E-Werk Central Puerto hat seine Bilanz vorgelegt. Es verdiente \$ 205,3 Mio., um 14% mehr als im Vorjahr. In den ersten 3 Quartalen hatte das Unternehmen \$ 122,3 Mio. Gewinn angegeben. Es wird von Sadesa (Sociedad Argentina de Energía) von Miguens-Bemberg kontrolliert. Metrogas, der grösste Erdgasverteiler des Landes, hatte 07 einen Nettogewinn von \$ 15,8 Mio., gegen US\$ 292,6 Mio. im Vorjahr, dank seiner Umschuldungen. 71% von Metrogas werden von Gas Argentino SA kontrolliert, deren Hauptanteilseigner die britische BG Inversiones Argentinas und YPF Inversora Energética sind. British Gas (BG) ist mit 6,8% beteiligt.

Die Provinzregierung Mendozas hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, die den Kauf von 20% der Klasse C Aktien des Wasserwerkes OSM (Obras Sanitarias de Mendoza), der französischen Saur International, gestatten würde. Saur hat im Vorjahr veröffentlicht, dass sie sich als technischer Betreiber der Trinkwas-

serversorgung Mendozas zurückziehen will. Die Beteiligung würde die Provinz US\$ 10 Mio. kosten.

Die Regierung hat Schulden von \$ 3,66 Mrd. aus dem Vorjahr bezahlt. Das gestattete, das Vorjahr mit einem Überschuss von 3,2% des BIP abzuschliessen. Dieser Prozentsatz geht auf 2,7% zurück, wenn man laufende Schulden, die erst nach Jahresabschluss getilgt wurden, berücksichtigt. Mehr als ein Drittel derselben sind Subventionen der Privatwirtschaft.

Carrefour hat 2 weitere Supermärkte in Catamarca eröffnet. Die Anfangsinvestition für 92 neue Arbeitsplätze betrug \$ 5,3 Mio. Die Eröffnungen sind Teil des Expansionsplanes, der landesweit 180 weitere Lokale vorsieht.

Die Banco Nación hat Bedingungen für Wohnbaukredite von Mietern geändert. Bisher wurden rd. 14.000 Kredite für \$ 1,4 Mrd. abgewickelt. Die Kreditmenge von bis zu dem Betrag von 125 Monatsmieten wird beibehalten, der Zinssatz wurde von 8,4% auf 9,5% angehoben und die Laufzeit von 30 Jahren auf 10 Jahre verringert, mit den ersten 4 Jahren zu festem Zinssatz. Das sei eine Subvention der Bank, die ihre Tätigkeit stärker der Produktion widmen will.

Banken und Finanzinstitute, Hotelbetriebe, Post- und Fernbindungsdienste, die Chemie und der Handel waren die Branchen mit den grössten Schwierigkeiten, im 4.Quartal 07 Personal für freie Arbeitsplätze zu finden, wie das Indec weiter mitteilt. Beinahe die Hälfte aller Unernehmen suchte Personal, doch nur 11,5% konnten alle freien Stellen belegen.

Die argentinische Baumwollkammer berichtet, dass der lokale Baumwollpreis dieses Jahr um 60% über dem vorjährigen liegt, so dass die Produzenten jetzt einen annehmbaren Preis erhalten werden.

Die Pensionen machen im März 08 durchschnittlich 36,6% des durchschnittlichen Lohnes aus. Im Dezember 01 waren es noch 47,3% und im Dezember 04 46,4%. Seit dem Jahr 01 wurden die legalen Löhne um durchschnittlich etwa 150% erhöht, während Pensionen von etwa \$ 1.000 um 66,9% erhöht wurden. Bei höheren Pensionen war die nominelle Zunahme geringer. Das Gesetz aus dem Jahr 1958 bestimmte, dass die Pensionen 82% des Lohnes ausmachen sollten.

Die Ausfuhren des Bergbaues waren 07 mit US\$ 2,8 Mrd. und 22,2% über dem Vorjahr, wieder Rekord. Wie IES (Investigaciones Económicas Sectoriales) weiter berichtet, betragen die Vorjahresinvestitionen über US\$ 1,7 Mrd. und mehr als US\$ 4 Mrd. seit 2004. 2001/3 betragen die jährlichen Durchschnittsinvestitionen

Bewegliche Exportzölle für Getreide und Ölsaaten

Am Dienstag kündigte Wirtschaftsminister Martín Lousteau die Einführung eines Systems von Exportzöllen an, die gemäss der Entwicklung der Weltmarktpreise verändert werden. Das bedeutet bei der bestehenden Hausse, dass der Staat einen grossen Teil derselben abschöpft. Bei dieser neuen Politik werden die internen Preise von Getreide und Ölsaaten noch mehr von den internationalen abgekoppelt, wobei auch das Verhältnis der internen zu den internationalen Preisen für die einzelnen Getreide- und Ölsaarten unterschiedlich sind. Auf diese Weise wird interne Preispolitik betrieben und direkter Einfluss auf die Rentabilität der einzelnen Kulturen erreicht. Wie bekanntgegeben wurde, soll der Anreiz für den Anbau von Sojabohnen verringert und für Weizen und Mais erhöht werden.

Für die vier wichtigsten Arten sieht das neue Schema folgendermassen aus:

	Bisheriger Exportzoll	Neuer Exportzoll	Preisspanne (1)	Exportzoll (2)
Sojabohnen	35%	44,1%	0-200	23,5%
			201-300	28%
			301-400	36%
			401-500	43%
			501-600 (3)	49%
		über 600	über 49%	
Sonnenblumen	32%	39,1%	0-200	23,5%
			201-300	25%
			301-400	31%
			401-500	37%
			501-600 (3)	45%
		über 600	über 46%	
Weizen	28%	27,1%	0-200	20%
			201-300	24%
			301-400 (3)	30%
			401-600	46%
		über 600	über 46%	
Mais	25%	24,2%	0-180	20%
			181-220 (3)	25%
			221-260	32%
			261-300	40%
		über 300	über 40%	

(1) In Dollar je Tonne. (2) Höchstzoll. (3) Der gegenwärtige Preis liegt innerhalb dieser Preisspanne.

Es findet somit unmittelbar eine bedeutende Erhöhung für Sojabohnen und Sonnenblumen und eine leichte Verringerung für Weizen und Mais statt. Im Wirtschaftsministerium wird geschätzt, dass dies dem Fiskus zu gegenwärtigen Preisen an die \$ 4 Mrd. mehr einbringen würde, was 0,4% des BIP darstellt. Je nachdem wie sich die Preise im Laufe des Jahres entwickeln, wird der Betrag höher oder geringer ausfallen.

Dieses Schema ist recht willkürlich, wobei auch nicht bekanntgegeben wurde, auf welchen Studien es fusst. Die Leiter der Landwirtschaftsverbände und Experten weisen darauf hin, dass die Kosten stark gestiegen sind. Da der Peso nur wenig abgewertet wurde, bedeutet dies, dass die Kosten auch in Dollar wesentlich höher geworden sind. Abgesehen davon sind die Kosten je nach Gegend unterschiedlich, da die Erträge in Grenzgebieten niedriger sind.

Das Grundkonzept des Wirtschaftsmodells der Kirchner-Regierungen besteht in dieser Beziehung in einer Begrenzung der Gewinne (aber nicht der Verluste), um eine Einkommensumverteilung zu Gunsten der Landwirte und zum Schaden anderer sozialer Gruppen zu verhindern. Dieses System ist sehr schwer zu verwalten, führt in der Tat zu willkürlichen Einkommensverteilungen und hat nicht gewollte negative Nebenwirkungen, wie eventuell die Entmutigung des Ackerbaus in Grenzgebieten.

Bei diesem Schema werden die Subventionen für Mehl, Speiseöle und Futtermittel zur Mastung von Hühnern, Schweinen und Rindern beibehalten, die einen Teil des Erlöses der Exportzölle beanspruchen. Auf diese Weise sollen die Preise für Grundnahrungsmittel noch mehr vom internationalen Niveau abgekoppelt werden. Hier ist ein System eingeführt worden, das immer mehr dem der EU gleicht, wobei dort allerdings die Landwirte in der Regel Preise erhalten, die über dem Weltmarktniveau liegen, während es hier umgekehrt ist.

US\$ 200 Mio.

Der Staat hat \$ 60 Mio. bereit gestellt, um Kreditkostenschwankungen von Kapitalgütern auszugleichen. Das Programm der Nationalen Investitions-Entwicklungsagentur sei für Unternehmen mit bis zu \$ 200 Mio. Jahresumsatz bestimmt, wie ihre Vorsitzende, B. Nofal bekanntgab. Die Agentur werde die Hälfte ihres Budgets von \$ 120 Mio. für dieses Programm bestimmen, das gestatten werde, Finanzierungen von \$ 1 Mrd. durch das Bankensystem durchzuführen. Das System werde mittelständische Betriebe begünstigen, die weder Zugang zu Krediten für Pymes, noch zum lokalen Kapitalmarkt, noch zu internationalen Finanzierungen haben, weshalb sie sich mit hohen, stark schwankenden, Zinssätzen finanzieren müssten. Die Mittel für den Plan stünden bereit und die Durchführungsbestimmungen seien von Kabinettschef Fernandez, in Vertretung der Regierung, dem Wirtschaftsminister Lousteau, Aussenminister Taiana nach Beratungen mit der ZB und verschiedenen Banken gutgeheissen worden.

Die Provinz Buenos Aires und Gewerkschaftsvertreter ihrer Beamten haben eine 19,4%ige Lohnerhöhung vereinbart. Für Personal mit mehr Dienstjahren steigt die Zunahme bis auf 24%. Das Mindestgehalt des Provinzbeamten werde \$ 1.244 im Monat, rückwirkend ab dem 1.3., betragen. Die Zunahme wird auch auf die Pensionisten der Provinz ausgedehnt. Für die Provinz bedeute die Lohnerhöhung zusätzliche Monatsausgaben von \$ 590 Mio.

Der Bürgermeister von La Plata hat mit der Bank der Provinz Buenos Aires (Bapro) ein Abkommen unterzeichnet, demzufolge alle Lohnempfänger dieser Gemeinde, etwa 5.600, ihre Entlohnung über die Bapro beziehen werden. Dadurch geniessen diese Beamten automatisch Dienstleistungen wie Kreditkarten, Personalkredite, Hypotheken usw. die die Bank bietet.

Die Ausfuhren von Aromapflanzen und Gewürzen übertrafen im Vorjahr 4.400 t für knapp US\$ 9 Mio. Es waren um 23% mehr als im Vorjahr. Wie das Senasa Amt weiter mitteilt, betrug der Durchschnittspreis der Ausfuhren US\$ 2.013 pro t, um 45% mehr als im Vorjahr. Hauptabnehmer waren Brasilien, Deutschland, USA und Italien.

Die kanadische Yamana Gold wird vor Jahresende die Goldförderung in Gualcamayo, in der Provinz San Juan, durch

ihre Filiale Minas Argentinas, beginnen. In das nahe der Ortschaft Ja-chal befindliche Vorhaben wurden bereits \$ 470 Mio. investiert.

Im ersten Monat der Präsidentschaft Frau Kirchners haben die Kunden der Stromverteiler Edenor, Edesur und Edelap knapp eine halbe Million MWh mehr verbraucht, als im Programm für rationellen Stromverbrauch (Puree) vorgesehen war. 1,3 Mio. Verbraucher wurden deshalb mit Bussen belegt. (Amtsblatt vom 10.3.08). 650.000 Endverbraucher sparten insgesamt 188.000 MWh und wurden belohnt. Vom 10.12.07 bis zum 9.1.08 betrug der Mehrverbrauch 312.000 MWh.

Quickfood, der Schlachthof der die Hamburgermarke Paty herausgebracht hat und sich jetzt in Händen der brasilianischen Marfrig befindet, beginnt seinen angekündigten Investitionsplan. Das Werk in San Jorge, Provinz Santa Fe, wird um 30% erweitert und die Paty Produktion von 2.300 t im Monat auf 3.100 t vermehrt.

Die Familie Werthein kämpft mit Telecom Italia. Sie hat 2% von Sofora erworben und besitzt dadurch 50% des Unternehmens, das die Telecom Argentina kontrolliert. Werthein hatte eine Option auf diese 2%, jedoch erst ab dem 31.1.08. Und am 1.2.08 kauften sie 1,3% von Franca Cable et Radios und 0,7% von Atlas Service Belgium.

Endlich wird es möglich sein, argentinische Häfen von halbversunkenen, untätigen Schiffen zu befreien. Im August 07 hatte die Regierung eine Gesetzesvorlage in Zusammenhang mit der Reinigung des Matanza-Riachuelo Beckens eingereicht. Der Kongress erweiterte den Bereich derselben, so dass jetzt über die hunderte von versunkenen, halbversunkenen und betriebsunfähigen Schiffen disponiert werden kann, die den normalen Hafenbetrieb stören. In allen argentinischen Hoheitsgewässern kann über diese störenden Wasserfahrzeuge disponiert werden, auch wenn sie die normale Schifffahrt nicht behindern. Es wurden landesweit 491 betriebsunfähige Schiffe gezählt, davon 28 im Riachuelo, 11 im Ostdock von Buenos Aires, und 11 weitere im Süddock. In den meisten Fällen handelt es sich um Schiffe, die Objekte irgend eines endlosen Konkursverfahrens sind. 1.213 weitere gesunkene Schiffe sind kein Schifffahrtshindernis aber potentielle Umweltgefahren.

Die Verwaltung der Westautobahn hat 07 \$ 1,3 Mio. Verlust

Aerolíneas Argentinas in der Krise

Die Luftfahrtgesellschaften Aerolíneas Argentinas und Austral, die dem spanischen Marsans-Konzern gehören, befinden sich in einer tiefen Krise, und drohen, den Dienst aufzugeben. Die Unternehmen haben Verluste erlitten, die in die Millionen Dollar gehen. Dabei ist der Umstand besonders schwerwiegend, dass dies ausgerechnet in den Sommermonaten der Fall war, in denen ein hoher Passagierverkehr besteht, der normalerweise schwache Monate ausgleicht.

Das Unternehmen fordert von der argentinischen Regierung vier Lösungen:

1. Die Tarife müssen erhöht werden. Sie liegen bestenfalls auf einem Drittel der Tarife, die in anderen Ländern des Kontinentes gelten. Die Erhöhung muss jedoch durch die Marktbedingungen begrenzt werden; denn bei zu hohen Tarifen nimmt die Zahl der Passagiere ab, so dass die Einnahmen nicht ausreichen, um die Kosten zu decken.

2. Das Unternehmen bedarf somit einer Subvention des Treibstoffes, dessen Preis ab 2001 um 836% gestiegen ist. In dieser Periode sind die Löhne um 220% erhöht worden, die Tarife jedoch nur um 42%.

3. Aerolíneas Argentinas hat 7 Gewerkschaften, wobei ein Streik einer einzigen genügt, damit die Maschinen nicht fliegen können. In den letzten Wochen gab es ständige Streiks, die zu Unterbrechungen des Flugdienstes führten und dem Unternehmen einen hohen Schaden zufügten. Es bedarf einer Vereinheitlichung der Gewerkschaften, wobei das Unternehmen bei wilden Streiks Personal entlassen können muss. Das Arbeitsministerium muss AA unterstützen. AA hatte vor einigen Monaten den Arbeitsfrieden als Bedingung für hohe Investitionen (neue Flugzeuge) gestellt. Die Gewerkschaften sind auf diesen Vorschlag nicht eingegangen. 4. Das Unternehmen hat eine viel zu hohe Belegschaft im Verhältnis zu den Flugzeugen, die es betreibt. Es muss ihm gestattet werden, international gültige Koeffizien-

ten von Personal zu Flugzeug einzuführen.

Die Leitung des Unternehmens hat sich an den spanischen Außenminister Miguel Angel Moratinos gerichtet, damit er der argentinischen Regierung den Fall vorbringt. In der Regierung war die Rede von einer Übernahme der Gesellschaft durch die Gewerkschaften und/oder durch argentinische Unternehmer, wobei sowohl Cirigliano (der die Omnibusgruppe Plaza und die Vororteseisenbahnen Mitre und Sarmiento über TBA betreibt) wie Eduardo Eurnekian (Inhaber der Flughafenkonzession) und der Medienunternehmer Carlos Avila genannt wurden. Allein, keiner würde AA übernehmen, wenn die oben genannte Probleme nicht gelöst werden. Es würde jedoch verdächtig aussehen, wenn dies nach einem Wechsel der Inhaber geschieht.

Auch die chilenische LAN, die zunehmend auf dem argentinischen Binnenmarkt vordringt, hat wegen niedriger Tarife und hoher Brennstoffkosten Verluste erlebt. Aber sie hat keine Gewerkschaftsprobleme und eine effiziente Struktur, mit wenig Personal, so dass sich der Fall leichter lösen lässt. Dennoch dürfte auch diese Gesellschaft nicht bereit sein, Verluste als einen Normalzustand hinzunehmen. Argentinien steht somit vor der Gefahr, dass sich keine private Luftfahrtgesellschaft bereit erklärt, den internen Personenverkehr zu bewältigen. Auch eine Politik „offener Himmel“, also automatische Zulassung von internationalen Fluggesellschaften für den Binnenverkehr löst das Problem nur mit wesentlich höheren Tarifen. Bei dieser Lage besteht die Gefahr, dass die Regierung schliesslich die schlechtesten aller Lösungen trifft, nämlich die Rückverstaatlichung von Aerolíneas Argentinas, was für die Staatsfinanzen sehr kostspielig sein würde, da dann das Schatzamt hohe Subventionen beisteuern müsste, wobei das strukturelle Problem bestimmt nicht in Angriff genommen würde. Ausserdem müsste die Marsans-Gruppe entschädigt werden, was einen neuen Riesenprozess in Aussicht stellt.

erwirtschaftet. Wie das Unternehmen erklärt, hat die Regierung die vereinbarten Tarifänderungen noch nicht umgesetzt. Es habe 07 \$ 43 Mio. investiert, besonders in die Verbindung der Autobahn mit der Strecke Luján-Mercedes. Die Selbstkosten nahmen gegenüber 06 um 59% zu.

Mit über US\$ 1,5 Mio. Investition hat die Firma R. Camilletti den Schlachthof im Industriepark der Stadt Formosa fertig gestellt. Er wird Mitte Mai in Betrieb genommen, wird in Drittstaaten exportfähig sein und soll in die EU ausführen.

CCA, die Kammer der Kfz Händler, gab den neuen historischen Rekord des Gebrauchtwagenhandels in den ersten 2 Monaten des Jahres bekannt. Im Januar wurden 133.191 gebrauchte Kfz gehandelt, im Februar 117.735, zusammen 250.926, um 15% mehr als vor einem Jahr.

Präsidentin Kirchner gab die Ausschreibung für die Umrüstung auf Elektrobetrieb aller Strecken der ehemaligen Rocabahn bekannt. Sie soll in 4 Jahren durchgeführt sein. Die Investition werde US\$ 1,39 Mrd. betragen. Die Strecken sind 198 km lang, davon 55 km bereits mit Elektrobetrieb, haben 70 Stationen, 146 Schrankenübergänge und befördern mit insgesamt 907 Fahrten im Tag eine halbe Million Fahrgäste. Ein 2. Teil des Planes sieht den Bau einer Werkstätte für Elektrozüge, die Abschaffung von Schrankenübergängen und die Schaffung von Unter- und Überführungen vor. In einer 3. Etappe sollen 200 elek-

trische Waggons letzter Technik eingegliedert werden.

Vertreter des Landwirtschaftssekretariates verhandelten mit dem Vizepräsidenten des chinesischen Tabakstaatsmonopols über Investitionen in Tabakgebieten für den Kauf von über 10.000 Jato Tabak. Die Planung schliesse eine Niederlassung des Staatsmonopols in Argentinien ein, um den Handel zu entwickeln und die Qualitätsnormen den Anforderungen der chinesischen Märkte anzupassen.

Die Brotarbeitergewerkschaft hat eine Erhöhung der Grundgehälter von \$ 250 durchgesetzt. Das entspricht einer Durchschnittsaufbesserung von 26%. Der Mindestlohn wird demnach \$ 1.205 im Monat betragen. \$ 150 der Aufbesserung werden ab März bezahlt, der Rest ab August und September. In den Brotfabriken wie Fargo und Bimbo gelten Sonderbestimmungen die Kollektivvertragsbedingungen verbessern, weshalb dort gesondert verhandelt wird.

07 wurden in Argentinien 1,89 Mio. Computer verkauft, um 37% mehr als 06, wie IDC Argentina ermittelt hat. Umsatzmässig waren es US\$ 1,22 Mrd., um 35% mehr als 06. Der Durchschnittspreis ist um 2% zurück gegangen.

Das Medienkonzern-Holding „Grupo Clarín S.A.“ weist für das am 31.12.07 abgeschlossene Bilanzjahr einen Gewinn von \$ 209,56 Mio. aus, von dem \$ 48 Mio. als Bardivi-

dende ausgezahlt werden sollen. Die Nettoaktiven betragen \$ 1,67 Mrd. Vom Gesamtumsatz von \$ 4,38 Mrd. entfallen \$ 2,61 Mrd (60%) auf das Kabelfernsehunternehmen Multicanal, dessen Fusion mit dem Konkurrenten Cablevisión unlängst genehmigt wurde, plus dem offenen Fernsehkanal 13 und dem Internet-Dienst (Fibertel und Ciudad Digital), während die verbleibenden 40% auf AGEA entfallen, die die Zeitungen Clarín (die Haupttätigkeit des Konzerns), Olé und La Razón herausgibt, zahlreiche andere Unternehmen betreibt, und eine Mehrheitsbeteiligung an der Zeitungspapierfabrik Papel Prensa hat. Die Zeitung Clarín wurde 1945 von Roberto Noble gegründet, und konnte sich wegen der Konfiskation der Zeitung La Prensa in den 50er Jahren, die von der Regierung von Perón der CGT übergeben wurde, einen Platz machen. Denn La Prensa büsste dabei den grössten Teil seiner Auflage ein und verlor Kleinanzeigen, die Clarín geschickt an sich riss. Erst in den 80er Jahren, nach dem Tod von Noble (den seine Gattin Ernestina Herrera de Noble beerbte) wurde der Medienkonzern gebildet und immer weiter ausgebaut, was zu einer hohen Verschuldung führte, die 2002 dank der Umwandlung von Dollarschulden gegenüber Banken zum Kurs von eins zu eins real verringert wurde. Grupo Clarín kotiert jetzt an der Börse, nachdem vor Jahren schon die US-Finanzfirma Goldman Sachs eine Beteiligung übernommen hatte.

Das internationale Bergbauunternehmen Barrick Gold gab bekannt, dass es das Projekt Pascua

Lama (in San Juan), das eine Investition von u\$ 2,4 Mrd. darstellt, nicht in Angriff nehmen werde, bevor die steuerliche Lage geklärt ist. Es handelt sich hier um den Exportzoll für Erze und Metallkonzentrate. Bis vor einigen Monaten bestanden für diese Produkte keine Exportzölle, wobei dies für die Projekte, die im Rahmen des Gesetzes aus dem Jahre 1994 genehmigt wurden, während 30 Jahren so bleiben musste. Doch vor einigen Monaten wurden diese Zölle eingeführt, was die Unternehmen bei der Justiz beanstanden. Der Preis für Kupfer, Gold u.a. Metalle, und für deren Erze und Konzentrate ist derart stark gestiegen, dass ein Exportzoll das Geschäft kaum beeinträchtigt. Bei den neuen Projekten besteht kein Hindernis für diese Zölle, sofern sie zum Zeitpunkt der Genehmigung der Projekte bestehen. Aber die Gefahr liegt darin, dass sie nachträglich erhöht werden und die Unternehmen der Willkür der Regierung ausgesetzt sind. Deshalb ist es wichtig, dass bei den bestehenden Unternehmen kein Exportzoll eingeführt wird. Die Regierung sollte sich hier mit der Gewinnsteuer (35% auf den Gewinn) begnügen. Andere Bergbauunternehmen halten ebenfalls mit ihren Investitionsvorhaben zurück, so Xstrata bei El Pachón (San Juan) und Rio Tinto bei Potasio Rio Colorado (Mendoza).

Der spanische Mall-Konzern bestätigte, dass er u\$ 600 Mio. in einen touristischen Komplex in Patagonien (San Martín de los Andes oder Esquel) investieren werde, der hauptsächlich für ausländische Tou-

risten bestimmt sei. Es sollen etwa 3.000 Apartments zwischen 107 und 170 qm, plus Golfplatz u.dgl. errichtet werden. Die Arbeiten sollen Mitte 2008 aufgenommen und binnen 3 Jahren beendet werden.

Die indische Informatik-Gruppe Cognizant hat letzte Woche ihr erstes Entwicklungszentrum in Buenos Aires eingerichtet, um Kunden der ganzen Welt zu bedienen. CEO Francisco da Souza wies darauf hin, dass Argentinien keinen grossen Zeitunterschied mit den USA aufweise, wo das Unternehmen viele Kunden habe, was die Arbeit erleichtert. Ausserdem seien die Kosten relativ niedrig, was sich darauf bezieht, dass fähiges Personal für diese moderne Technologie billiger ist, als in den USA u.a. Ländern. Das Unternehmen beabsichtigt, mit lokalen Universitäten zusammen zu arbeiten, um die Studienpläne der technologischen Karrieren zu verbessern. Die Firma, die eine weltweite Belegschaft von 55.000 Menschen hat, hat in Argentinien schon fünf aktive Kunden: Kimberley Clark, Huggies, Scott und Kleenex.

Die ehemalige Wirtschaftsministerin Felisa Miceli wurde bei einem Justizverfahren freigesprochen, bei dem die Gruppe Greco Klage gegen sie erhoben hatte, weil sie sich geweigert hatte, die Schuld des Staates an die Gruppe zu zahlen, obwohl der Oberste Gerichtshof sie angewiesen hatte, in diesem Sinn zu handeln. Miceli war seinerzeit, als sie Ministerin war, angeklagt worden, dem Kongress eine Ausgabenerweiterung im Haushalt vorgelegt zu haben, die sich u.a. auf die Zahlung an die Greco-Gruppe bezog. Das wurde von Deputierten beanstandet. In der Tat liegt der Fall so, dass die Militärregierung 1980 die Gruppe enteignete (statt den Konkurs zu fordern, wie es hätte sein sollen), die die Banco de los Andes betrieb und mit Krediten dieser Bank zahlreiche Weinkellereien kaufte, und dann zahlungsunfähig wurde. Unter Alfonsín wurde die Gruppe entschädigt, mit Rückgabe mehrerer Weinkellereien, wobei jedoch die Schuld der Grecos gegenüber der ZB nicht berücksichtigt wurde. In Wirklichkeit hatte die Gruppe ein negatives Vermögen. Der Staat hat sich jedoch schlecht verteidigt (absichtlich?), so dass die Justiz schliesslich der Greco-Gruppe das Recht auf Entschädigung anerkannte, die schliesslich über \$ 300 Mio. ausmachte. Die Forderungen der ZB sind inzwischen verjährt.

Die ZB berichtet, dass die private Auslandsschuld im Laufe des Jahres 2007, bis zum 30. September, um u\$ 3,66 Mrd. (davon u\$ 1,09 Mrd. im 3. Quartal) auf u\$ 51,77 Mrd. gestiegen ist. 90% der Schuld entfällt auf Unternehmen und 10% auf Banken u.a. Finanzanstalten. Diese höhere Auslandsverschuldung steht in Zusammenhang mit dem stark gestiegenen Aussenhandel.

Bei der Ausschreibung von ZB-

Wechseln vom letzten Dienstag wurden \$ 2,16 Mrd. ausgeschrieben, wobei die Angebote \$ 3,19 Mrd. erreichten. Schliesslich nahm die ZB Offerten für \$ 3 Mrd. an. Für Lebac auf 140 Tage zahlte die ZB 10,85%, auf 168 Tage 10,90%, auf 196 Tage 10,94%, auf 301 Tage 11,30% und auf 378 Tage 11,41%.

Die Landwirtschaftskommission der Deputiertenkammer behandelt ein Gesetzesprojekt, durch das ein neues staatliches Amt geschaffen wird (unter dem Namen „Ente Nacional de Promoción y Control Comercial Agropecuario y Agroalimentación“, im Kürzel Enpyccaa), das sich vornehmlich mit dem Kauf und Verkauf, sowie der Lagerung von landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsmitteln befassen soll, direkt oder über Dritte, mit dem Zweck, die Preise zu stabilisieren und die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu sichern. Zu diesem Zweck erhält das Amt die notwendigen Befugnisse, um gegen monopolistisches Verhalten vorzugehen und Strafen zu verhängen, und auch um Förderungsmaßnahmen (einschliesslich Steuervergünstigungen) einzuführen. Das Amt würde eventuell gewisse Funktionen ausüben, die bis 1982 auf die nationale Getreidejunta entfielen, wie der Kauf von Weizen für die Sicherung des lokalen Konsums.

Die Deputiertenkammer hat das Gesetzesprojekt über die Erweiterung des bestehenden Gesetzes über Konsumentenschutz verabschiedet. Das neue Gesetz ermächtigt Binnenhandelssekretär Moreno, Waren zu beschlagnahmen, Geschäftslokale zu schliessen, Bussen bis zu \$ 5 Mio. zu verhängen und Staatslieferanten für bis zu 5 Jahren als solche auszuschliessen. Ausserdem sieht das Gesetz vor, dass die Banken die Gebühren für Girokonten u.a. bekanntgeben müssen, dass der Überverkauf von Flugpassagen bestraft wird, dass ausländische Käufer nicht diskriminiert werden dürfen (wie es in Ferienorten gelegentlich der Fall war). Schliesslich wird das Verfahren für Klagen über öffentliche Dienste im Interesse des Verbrauchers reglementiert.

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission, mit Sitz in Washington, hat der argentinischen Regierung angeordnet, binnen 30 Tagen Auskunft über die berechtigten Klagen der Rentner zu geben. Es handelt sich um folgendes: 1. Nichterfüllung der Frist von 120 Tagen, die für die Zahlungen festgesetzt wurden, die auf richterlichen Urteilen beruhen; 2. Fehlen eines automatischen Systems zur Zahlung der Beträge, die durch richterliche Urteile festgesetzt worden sind; 3. Nicht zugelassene Einbehaltung der Gewinnsteuer bei Zahlungen wegen richterlichen Urteilen; 4. Unzulässige Berufung von Urteilen erster Instanz, die sich auf die Beweglichkeit der Renten beziehen, die der Oberste Gerichtshof bei Lehrern im Fall Gemelli und allgemein im Fall Badaro anerkannt hat.

Die von Binnenhandelssekretär Moreno verfügte Verringerung um 15% des Preises von 13 Rindfleischteilen, die am meisten konsumiert werden, wird in den Metzgereien im allgemeinen nicht eingehalten und in den Supermärkten nur zum Teil, und auf alle Fälle in beschränkten Mengen. Die Preise sind, im Gegenteil, davongesprungen: bei „asado“ wurde ein offizieller Preis von \$ 7,66 pro kg festgesetzt, wobei in Supermärkten \$ 8,45 gefordert wurden, und in Metzgereien bis zu \$ 15. Bei „cuadrada“ liegt der offizielle Preis bei \$ 9,83, aber der effektive Preis geht bis zu \$ 16. Der Preis für halbe Leiber ist explosiv gestiegen, von etwa \$ 5,45 vor einigen Wochen, auf jetzt \$ 8,80.

Die Regierung hat das Register für Getreideexporte wieder eröffnet, was bedeutet, dass die Exporteure Exportgeschäfte eintragen und durchführen können. Das ist beim Weizen besonders wichtig, da der interne Preis wegen fehlender Exportnachfrage unter Druck stand und sogar nach der Parität lag, die sich aus dem internationalen Preise minus Fracht, Exportkosten, Exportzöllen und Gebühren ergibt.

Der Bauindex Construya, der auf der Grundlage der Lieferungen der wichtigsten Baumaterialfirmen berechnet wird, lag im Februar 08 um 13,23% über dem gleichen Vorjahresmonat, jedoch um 1,23% unter Januar.

Der Index der Industrieproduktion, den das Forschungsinstitut der Unternehmenseinheit UADE monatlich berechnet, weist für Januar eine interanuelle Zunahme von 14,3% aus, mehr als der INDEC-Index, der nur plus 12,6% ergab. Die Kfz-Produktion stieg laut UADE um 121,2%, die Zigarettenproduktion um 20%, Stahl und Metallverarbeitung um 15,8%, Nahrungsmittel und Getränke um 9,8%, Zement um 9%, chemische und petrochemische Produkte um 4,5%. Kautschukprodukte nahmen um 13,4% ab und Textilien um 36%.

Eine grosse Zahl Ermittlungsbeamten Binnenhandelssekretärs Moreno prüfen seit Wochen Tankstellen um die Ursachen des Benzin- und Dieselölmangels zu finden. Als erstes Ergebnis wurden 5 Strafzahlungen der brasilianischen Petrobrás wegen Nichterhaltung des Versorgungsgesetzes bekannt gegeben. Der Kraftstoffmangel wird in allen Erdölunternehmen immer ausgeprägter. Wegen des Unterschiedes mit den Weltmarktpreisen wollen sie angeblich hier nicht verkaufen.

Das von Siemens gebaute Wärmekraftwerk CTMB (Central Térmica General Belgrano) in der Ortschaft Campana liefert ab nächster Woche seine ersten 278 MW. Im April wird die Kraftwerkleistung verdoppelt und im 1. Quartal 09 sollen 827 MW erreicht werden. 2 Monate darauf soll das Schwesterunternehmen in Timbúes in

Betrieb gehen, um den zusätzlichen Bedarf zu decken.

Der Senat hat das Investitionsförderungsgesetz für Kapitalgüter und Infrastrukturvorhaben verabschiedet. Er nahm die vom Abgeordnetenhaus eingeführten Änderungen an, die der Regierung die Bestimmung der Investitionen überträgt. In der ursprünglichen Fassung bestimmte das Wirtschaftsministerium die Anwendung der Mittel. Die Förderung begünstigt die Gewinnsteuerzahlungen und bestimmt vorzeitige MwSt Rückerstattungen. Jetzt wurde auch ein Umweltparagraph eingefügt. Die Anwendung des Gesetzes erfolgt rückwirkend ab Oktober 07, bis zum 30.9.2010. Für öffentliche Vorhaben gibt es keine Ausgabenbegrenzung. Für die Industrie ist eine Jahresquote von \$ 1 Mrd. vorgesehen und weitere \$ 200 Mio. für kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes).

Mit der Absicht, den Stromverbrauch-Rationalisierungsplan Pronoree (Plan de Uso Racional de la Energía Electrica) zu erweitern, hat die Regierung eine Gesetzesvorlage eingebracht. Sie verbietet ab dem 1.1.2011 die Einfuhr, Herstellung und den Vertrieb von Glühlampen für den Heimgebrauch im ganzen Land. Die diesbezügliche Ankündigung Präsidentin Kirchner erfolgte vor Vertretern von 10 Provinzen, die sich dem Pronoree anschlossen. Es wurden bereits 350.000 Glühlampen im Heimgebrauch und rd. 150.000 im öffentlichen, gegen Sparlampen ausgetauscht. Ein Bericht des staatlichen Institutes für Industrietechnik (INTI) betont, dass die Sparlampen nur Einfluss auf 10% des landesweiten Verbrauches haben.

Nach Beschluss 127/08 (Amtsblatt vom 12.3.08) soll als Grundlage für die Bewertung der Erdgasausfuhren der höchste Preis genommen zu werden, der in jedem Moment in den Einfuhrverträgen nach Argentinien ersichtlich ist. Auch wird eine Ausfuhrsteuer erhoben, die sichert, dass der Ausfuhrpreis zumindest dem Einfuhrpreis gleich ist.

Die Ausfuhrsteuern werden nicht nur auf Sojabohnen, Sonnenblumenkerne und ihre Derivate erhöht, sondern auch von 5% auf 20% auf Biotreibstoffe, die 08 zusätzliche Steuereinnahmen von USS 240 Mio. einbringen werden. Nach Schätzungen des Argentinischen Biotreibstoffverbandes werden sich die Exporte gegenüber 07 auf USS 1,2 Mrd. vervierfachen.

Präsidentin Kirchner erklärte, die Wirtschaftstätigkeit habe im Januar im Vorjahresvergleich um 10,1% zugenommen. Die Vorjahreszunahme in einem Monat sei seit August 05 Rekord. Für 08 sagte sie ein Wirtschaftswachstum von 7,5% voraus.

Die australische Quantas gab 3 Direktflüge in der Woche zwischen

Buenos Aires und Sidney ab Jahresende bekannt. Quantas hatte diese Strecke bereits 1998/02 geflogen. In der Krise schloss sie dann gemeinsame Buchung mit der chilenischen LAN ab.

Das BIP lag gemäss der INDEC-Berechnung ganz 07 um 8,7% über 06, und erreichte, zu Preisen von 1993, \$ 379,27 Mrd. Die Importe nahmen um 20,7% zu, der private Konsum um 9%, der öffentliche Konsum um 7,4%, die interne Bruttoinvestition um 14,4% und der Export um 8,9%. Nach Sektoren aufgeteilt, war die Entwicklung wie folgt: Landwirtschaft: +10,2%; Fischfang: -6,3%; Bergbau: +7,7%; Strom, Gas und Wasser: +5,7%; Bauwirtschaft: +9,9%; Handel: +11,3%; Hotels und Restaurants: +8,2%; Transport und Telefonie: +13,8%; Finanzen: +18,5%; Immobilienvermittlung: +4,7%; Andere Dienstleistungen: +14,4%. Die „impliziten“ Preise des BIP (die einem vollständigen Preisindex mit variablen Wägungen entsprechen) lagen 07 um 14,2% über 06. Im 1. Quartal 07 betrug die interanuelle Zunahme 8%, im 2. Quartal, 8,6%, im 3. Quartal 8,7% und im 4. Quartal 9,1%. Das Jahr weist somit eine steigende Tendenz auf, die sich nach vorläufigen Zahlen im ersten Bimester 08 fortgesetzt hat.

Das Parlament der Provinz Santa Cruz hat schliesslich die Verlängerung der Konzession von Pan American um 10 Jahre bis 2027 genehmigt. Das Unternehmen verpflichtet sich dabei zu Investitionen von mindestens u\$ 800 Mio., für die es diese längere Amortisationsperiode benötigt. Davon sollen u\$ 80 Mio. in den nächsten 5 Jahren für Forschung unter dem Meeresgrund eingesetzt werden. Die Provinz erhält vom Unternehmen u\$ 40 Mio. für Infrastrukturprojekte. In Chubut auf das ein Teil des Lagers „Cerro Dragón“ entfiel, war die Verlängerung schon letztes Jahr vom Provinzparlament genehmigt worden, aber in Santa Cruz gab es politische Schwierigkeiten.

Tecpetrol, das Erdölunternehmen

der Techint-Gruppe, ist eine Zweckgesellschaft mit Formicruz (die die Bergbauressourcen der Provinz verwaltet) und der lokalen Alianza Argentina eingegangen, um in der Provinz Santa Cruz nach Erdöl zu forschen und es auszubeuten. Zunächst sind u\$ 50 Mio. verpflichtet worden, um in den Gebieten „Estancia La Mariposa“ und „Lomita de la Costa“ zu forschen. Mitte 07 hatte Formicruz schon ein ähnliches Abkommen mit Petrobras abgeschlossen, um zwei Gaslager auszubeuten, wobei eine Investition von u\$ 420 Mio. verpflichtet wurde und eine Förderung von 6 Mio. cbm täglich erwartet wird.

Die Unterbrechung der Lieferung landwirtschaftlicher Produkte, die die Spitzenverbände angedroht hatten, wurde am Donnerstag und Freitag weitgehend befolgt, was sich voraussichtlich auf die Versorgung mit Rindfleisch und Milch auswirken wird.

Der irländische CHS-Konzern, der sich auf Baumaterialien spezialisiert, kündigte eine Investition von u\$ 40 Mio. in eine Fabrik in Córdoba an, in der Fliesen und Kacheln erzeugt werden sollen. CRH besitzt schon die Unternehmen Canteras Cerro Negro (Olavarria) und Vidrios Superglass (Bundeshauptstadt).

Die Zahlungen für den Kupon, der bei der Umschuldung von 2005 ausgegeben wurde, der an das BIP-Wachstum gebunden ist, kostet den Staat 2008 (für das Jahr 07) insgesamt u\$ 1,35 Mrd, gegen u\$ 815 Mio. für 06. Wenn das BIP dieses Jahr 7% wächst, wird die Zahlung für 08, die 09 geleistet wird, um die u\$ 2 Mrd. betragen.

Der Gerberverband von Buenos Aires, die Gewerkschaft der Gerbereiarbeiter und die Gewerkschaft der argentinischen Lederarbeiter, haben sich gemeinsam gegen den Verkauf der Yomagerberei an die brasilianische Bom Retiro geäussert. In den 90er Jahren wurde die Gerberei mit nie zurückgezählten amtlichen Krediten

Esso wird nicht verkauft

Der grosse US-Erdölkonzern Exxon Mobil machte seine im September 2007 geäusserte Absicht, die lokale Filiale Esso zu verkaufen, letzte Woche rückgängig, nachdem die angebotenen Preise als zu niedrig erachtet wurden. Das einzig gute Angebot stammte von Petrobras, wurde jedoch von der Regierung nicht zugelassen.

Petrobras war der „natürliche“ Käufer der argentinischen Esso, weil die brasilianische Firma, die vor einigen Jahren das Erdölunternehmen des Konzerns Perez Compan (Pecom Energía) gekauft hat, sehr stark auf dem Gebiet des „upstreams“ (Erdöl ausbeutung, Forschung und Transport) war, aber schwach auf dem „downstream“ (Raffinerie und Vertrieb).

Bei Esso ist der Fall genau umgekehrt. Das Unternehmen ist in Argentinien überhaupt nicht auf dem Gebiet der Erdölförderung tätig, betreibt jedoch eine Raffinerie in Campana und 90 eigene Tankstellen, zu denen noch 500 kommen, die von unabhängigen Unternehmen in Konzession betrieben werden. Mit der Übernahme von Esso wäre Petrobras somit in Argentinien ein integriertes Unternehmen. Warum die Regierung dieses Geschäft unterbunden hat, wurde nicht mitgeteilt. Auf alle Fälle handelt es sich um eine aggressive Haltung gegenüber Brasilien, dem Hauptpartner Argentiniens im Mercosur, bei dem auch gegenseitige Investitionen der Mitglieder gefördert werden sollten.

Gegenwärtig wird beim „upstream“ Geld verdient, während der „downstream“ auf dem Binnemarkt verlustbringend ist, weil die gestiegenen Rohölpreise faktisch nicht auf die Preise des Benzins, des Dieselöls u.a. Produkte voll abgewälzt werden können, u.a. wegen des Drucks, den Handelssekretär Moreno auf die Unternehmen ausübt. Das entwertet das Unternehmen als solches. Petrobras denkt jedoch langfristig, wobei die Integrierung auf alle Fälle Vorteile mit sich bringt.

Esso hatte einen Aufruf an eventuelle Interessenten durchgeführt, um Preisangebote zu erhalten. Es meldeten sich mehrere: Eduardo Eurnekian (Aeropuertos Argentina 2000), Marcelo Mindlin (Edenor, 50% von Transener, und kleinere Kraftwerke) und Sadesa (Sociedad Argentina de Electricidad), die Carlos Miguens (ex Bemberg), Eduardo Escasany (ehemaliger Präsident der Banco Galicia), Guillermo Reca, Familie Caputo (Baufirma), Juan Carlos Casas und José Malbrán gehört. All diese Angebote wurden nicht angenommen.

Es war die Rede davon, dass die Regierung wollte, dass die staatliche Enarsa die lokale Esso kaufe. Doch Planungsminister de Vido dementierte diese Lesart.

Die Aktiven von Exxon Mobil in anderen lateinamerikanischen Staaten stehen weiterhin zum Verkauf aus.

und Industriesonderförderungen die grösste des Landes. Heute wolle man die Geschichte wiederholen. Damals kostete die Gerberei das Land US\$ 300 Mio. Jetzt werden einem mutmasslichen

brasilianischen Unternehmen alle Aktiven der Gerberei, Industrieförderungen für weitere US\$ 300 Mio. und zusätzliche Millionen für die Abwasserentsorgung, für US\$ 6 Mio. verkauft.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Die Wechselkursproblematik

Die Wirtschaftspolitik, die nach der Megaabwertung von 2002 eingeführt wurde, stützt sich auf einen hohen realen Wechselkurs. Die Preise stiegen zunächst viel weniger als der Kurs des Peso zum Dollar, was den Export begünstigte und den Import hemmte, und beiläufig auch die Kapitalflucht weniger attraktiv machte, da die lokalen Sparer weniger Dollar für ihre Pesos erhielten. Zu diesem Schema gehören noch die Exportsteuern, die einen Teil des hohen realen Wechselkurses abschöpfen, was der Staatskasse zu

zusätzlichen Einnahmen verhilft (an denen die Provinzen nicht beteiligt sind) und ausserdem die internen Preise von den internationalen abkoppelt. Das System hat allgemein die Ziele der Regierung erfüllt: die lokale Industrie erhielt mehr Schutz, die Importe von Konsumgütern und auch von Zubehörförtern von Industriegütern, nahmen ab, die Exporte von Industriegütern (sowohl landwirtschaftlichen Ursprungs wie andere) stiegen stark, die Staatsfinanzen hatten einen hohen primären und einen kleineren echten Über-

schuss, und die Wirtschaft wuchs kräftig. Allerdings kam hier der Umstand hinzu, dass die Preise der Commodities, die Argentinien exportiert, zunehmend stiegen und die Welt eine Wachstumsperiode durchmachte, die für Argentinien Exportmöglichkeiten für Industrieprodukte bot.

Das Schema hat zwei negative Aspekte. Einmal wurden dadurch importierte Kapitalgüter relativ zu den Konsumgütern teurer, so dass ein gleicher Investitionsbetrag weniger reale Investition bedeutete. Das wurde jedoch weitgehend durch den technologischen Fortschritt ausgeglichen: Maschinen

wurden in vielen Fällen dank Computertechnologie produktiver und automatischer. Die andere Folge bestand darin, dass dies zu einem hohen Handelsbilanzüberschuss führte, der von einem ebenfalls hohen Überschuss beim unsichtbaren Zahlungsverkehr mit dem Ausland begleitet wurde, der vornehmlich durch den hohen Touristenstrom herbeigeführt wurde. Argentinien war eben ein relativ billiges Reiseland geworden. Die ZB häufte dabei Devisen an, was eine stark expansive monetäre Wirkung hatte. Dies wurde zum Teil durch Ausgabe von ZB-Wechseln ausgeglichen, die von

den Banken gekauft wurden und dabei die für Kredite verfügbaren Mittel verringerten. Indessen gehören die hohen Währungsreserven, die jetzt u\$ 50 Mrd. erreicht haben, was bei weitem einen Rekord darstellt, auch zum Grundkonzept dieser Wirtschaftspolitik, da dadurch Spekulationen gegen die Währung entgegengewirkt wird. Ein so unstabiles Land wie Argentinien braucht hohe Währungsreserven als „conditio sine qua non“ für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, sei es diese oder eine andere. Dennoch schafft ein hoher Zahlungsbilanzüberschuss auf die Dauer monetäre Probleme, auf die man sich vorbereiten sollte.

Während das Postulat des real hohen Wechselkurs in der offiziellen Rede beibehalten wird, ist der Kurs in der Tat immer weniger real hoch. Eine sehr aufschlussreiche Studie des ehemaligen Schatzsekretärs (unter Alfonsín) Mario Brodersohn, der die Consulting-Firma Económica leitet, weist darauf hin, dass der reale Wechselkurs zum Dollar (bei Berücksichtigung der Entwicklung der Konsumentenpreise in Argentinien und in USA) von einem Basiswert von 100 im Jahr 2001, 2002 bis auf 242,4 stieg, und von da an ständig sank: 2003 auf 207,7, 2004 auf 203,6, 2005 auf 190,7, 2006 auf 181,3, 2007 auf 163,0 und 2008 auf schätzungsweise 141,3. Dabei wird für 2007 eine Preiszunahme von durchschnittlich 17% angenommen, und 2008 eine von 20%, bei geringer Abwertung. Der reale Kurs liegt zwar immer noch erheblich über dem von 2001, aber dieser wurde damals allgemein als unterbewertet angesehen, wobei 2002 die Abwertung nur 40% betragen sollte, um dies auszugleichen. Damals wurde eben nicht berücksichtigt, dass bei chaotischen Abwertungen stets eine Übertreibung („overshooting“) eintritt.

Brodersohn weist jedoch darauf hin, dass der Dollar in dieser Periode stark abgewertet wurde, so dass der Kurs des argentinischen Peso gegenüber einem multilateralen Warenkorb nach der Abwertung von 2002 faktisch stabil geblieben ist. Für einen Euro musste man 2001 um die u\$ 0,85 zahlen, während es heute u\$ 1,55 sind. Bei einem Ausgangspunkt von 100 für das Jahr 2001 gab es 2002 einen Sprung auf 237, dann 2003 einen leichten Rückgang auf 229, und dann wieder eine Zunahme auf 238 im Jahr 2004, auf 232

2005 und 2006, und auf 234 2007. Somit gab es keine reale Aufwertung gegenüber dem Euro, dem Yen, dem Pfund Sterling und dem Schweizerfranken. Da die argentinischen Exporte sich vornehmlich nach diesen Ländern richten, sollte somit die Konkurrenzfähigkeit beibehalten worden sein.

Die Studie bezieht sich dann noch auf die Kursentwicklung gegenüber den Nachbarländern. Sowohl Brasilien, wie Chile und Uruguay haben ihre Währungen in den letzten Jahren aufgewertet. Brasilien hatte im September 2004 einen Kurs von eins zu drei zum Dollar, gegen jetzt nur 1,67 Real für einen Dollar. Aber Brasilien hatte eine viel niedrigere Inflation als Argentinien, wie es auch in Chile und Uruguay der Fall war, so dass der reale Kurs viel weniger gefallen ist.

Der argentinische Wechselkurs muss jedoch auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der Preise der Hauptexportgüter beurteilt werden. Argentinien exportiert zu etwa 90% Commodities, also Rohstoffe oder industrielle Halbfabrikate, die stets die gleichen Merkmale aufweisen und an Warenbörsen gehandelt werden, wie Speiseöl, Soja- und Weizenmehl, Zucker, Fleisch, petrochemische Produkte, Stahlprodukte, Aluminium, Kupferkonzentrat, Gold, Zellstoff u.a. Die Preise dieser Produkte sind auf dem Weltmarkt in den letzten Jahren im allgemeinen sehr stark gestiegen, wobei in vielen Fällen 2007 ein weiterer Sprung stattgefunden hat. Weizen wurde im Februar 2008 um 131% über Februar 2007 gehandelt, Sojabohnen um 101%, mehr (und Sojaöl, Palmöl u.a. pflanzliche Öle stiegen in ähnlichem Ausmass), Mais lag um 17%, Zucker um 40%, Kupfer um 49%, Aluminium um 10,20% und Gold um 46,2% höher. Das bedeutet, dass Argentinien grundsätzlich bei seinen Exporten konkurrenzfähig geblieben ist und in einigen Fällen sogar seine Lage verbessert hat. Wenn dies nicht der Fall ist, so nur, weil die Regierung sich einmischte, mit Exportverboten und höheren Exportzöllen.

Das Wechselkursproblem stellt sich jedoch bei Importen von Konsumgütern und auch bei gewissen Halbfabrikaten. China hat den Wechselkurs seiner Währung gegenüber dem Dollar nur wenig verändert, so dass chinesische Produkte auch von der realen Aufwertung des argentinischen Peso gegenüber dem Dollar betroffen sind und in Argentinien relativ zu

lokal gefertigten Produkten billiger geworden sind. Das hat schon zu einer Importflut geführt, die bestimmte Industrien, die Produkte wie Textilien, Sportschuhe, Spielzeug, Möbel und elektrische Haushaltsgeräte erzeugen, beunruhigt hat, und mit Recht. Die Importe aus China haben 2007 gegenüber dem Vorjahr um 62,6% auf \$ 5,13 Mrd. zugenommen, und sind in vier Jahren auf das Siebenfache gestiegen.

Dieses Problem lässt sich jedoch nicht durch eine Abwertung des Peso lösen, da diese für den allergrössten Teil des Aussenhandels unnötig wäre und allgemein störend wirken würde. Dabei müssten dann die Exportzölle auf ein absurd hohes Niveau angehoben werden, um eine starke Einkommensumverteilung zu Gunsten der Landwirte und zum Schaden der Lohnempfänger zu vermeiden. Abgesehen davon, würde eine Abwertung die Inflation anheizen.

Andererseits kann Argentinien die Zölle nicht mehr einseitig anheben. Einmal wird dies vom Mercosur für die ganze Zone beschlossen, und dann ist Argentinien Verpflichtungen gegenüber der Welthandelsorganisation über das Zollniveau eingegangen. Es verbleibt somit nur die Möglichkeit von Kontingenten und Antidumpingmassnahmen. Kontingente verstossen zwar auch gegen

die Regeln des Mercosur und des Welthandels, werden jedoch als Notmassnahmen geduldet, nachdem sie in den USA, der EU u.a. Ländern auch bestehen. Argentinien hat für allerlei Haushaltsgeräte u.a. Produkte gegenüber Brasilien schon Kontingente eingeführt. Was Antidumpingzölle u.a. Massnahmen gegen Dumping betrifft (wie die Festsetzung von Mindestpreisen, auf die die Zölle berechnet werden), so muss theoretisch das Bestehen des Dumpings nachgewiesen werden. Da hier jedoch ein gewisser Spielraum besteht und der Staat im Zweifelsfall für den lokalen Produzenten Stellung nimmt, wird gelegentlich der Dumpingschutz faktisch zum gewöhnlichen Zollschutz für bestimmte Waren, aber nur aus einzelnen Ländern. Das ist übrigens in den USA u.a. Ländern auch so, und besonders ausgeprägt in Japan. In Einzelfällen erhält die lokale Industrie somit Schutz gegenüber diesen Importen; aber eine allgemeine Lösung ist noch nicht gefunden worden. Der real hohe Wechselkurs ist eben durch diese eingenartige Entwicklung der Weltwährungen zum Teil durchlöchert worden, aber eben, nur zum Teil. Und gerade das macht das Problem so kompliziert, wobei die Rohstoffhaushalte den Fall noch schwieriger gestalten.

Freier Preis für zusätzlich erzeugtes Gas

Planungsminister Julio de Vido gab am Montag die Grundlagen für eine neue Gaspolitik bekannt, die grundsätzlich darin besteht, dass für zusätzlich gewonnenes Gas aus neuen Lagern, die seit 2004 nicht ausgebeutet werden, und bei denen die geologischen Bedingungen relativ schwierig sind (die im internationalen Jargon der Branche als „tight gas“ bezeichnet werden), und auch bei Erweiterungen der bestehenden Lager, die ähnliche Schwierigkeiten aufweisen, der Marktpreis gilt. Dieses teurere Gas soll an Unternehmen geliefert werden, wobei die Haushalte weiterhin mit dem bestehenden billigen Gas versorgt werden, so dass sich der Gaspreis bei der Berechnung des Indices der Konsumentenpreise nicht ändert.

Für die Unternehmen ist das Gas, das ihnen fehlt, auf alle Fälle das teuerste, sei es, weil sie die Produktion zeitweilig einstellen oder verringern müssen, sei es, weil sie auf Heizöl oder Dieselt-

reibstoff übergehen, was auf alle Fälle viel teurer zu stehen kommt, auch wenn das Gas zwei oder drei Mal so viel kostet, wie das mit eingefrorenem Tarif. Ausserdem verfügen viele kleine und mittlere Unternehmen nicht über die Anlagen, die notwendig sind, um flüssigen Brennstoff einzusetzen, so dass sie hier zunächst investieren müssten.

Die Gasproduzenten erhalten am Förderungsort zwischen u\$ 1,30 und u\$ 1,50 je Mio. BTU („british thermic units“), während das Gas aus Bolivien zu u\$ 6,70 an der Grenze bezahlt wird. Chile zahlt für argentinisches Gas hingegen nur u\$ 3,50. Verflüssigtes importiertes Gas, das hier wieder in normales Gas umgewandelt wird, kostet nicht unter u\$ 10 je Mio. BTU. Dennoch soll angeblich in den kommenden Monaten ein Teil des Konsums auf diese Weise gedeckt werden, eventuell der der Kraftwerke von Buenos Aires.

De Vido gab bekannt, dass der

Exportzoll auf Gas, der gegenwärtig 45% beträgt, erhöht werden soll, so dass die lokalen Produzenten zu einem Preis verkaufen, der dem Nettoexportpreis entspricht. Dennoch ist der Fall beim Gas nicht so einfach, da der Export nur beschränkt möglich ist, nämlich nur, wo Gasfernleitungen bestehen, die mit Chile, Brasilien und Uruguay verbinden. Es ist nicht wie beim Erdöl, bei dem die Alternative des Exportes stets effektiv besteht, weil Erdöl per Lastwagen transportiert werden kann.

Ebenfalls besteht das Problem, dass die bestehenden Fernleitungen voll ausgelastet sind, so dass sie erweitert werden müssten, damit das neue Gas an die Inlands-konsumenten gelangt, die zum grössten Teil in Gross Buenos Aires liegen. Dies ist auf alle Fälle die Voraussetzung, damit die Wärmekraftwerke dieser Gegend auch im Winter Gas verwenden können, statt auf teures Heizöl oder Dieselöl übergehen zu müssen. Allein, sofern das neue Gas dasjenige aus den bestehenden Lagern ersetzt, die sich in wenigen Jahren erschöpfen, besteht überhaupt kein Problem. Ohnehin rechnet man damit, dass es vor zwei Jahren kein Gas aus neuen Lagern geben wird.

In der Branche wird damit gerechnet, dass die Gasproduzenten

für das zusätzlich geförderte Gas um die u\$ 4 pro Mio. BTU erhalten, womit sie sich zufrieden geben, vorausgesetzt diese neuen Spielregeln werden auch in Zukunft eingehalten. Das kann jedoch niemand garantieren, nachdem unlängst Exportzölle für Exporte von Bergbauprodukten von Unternehmen, die im Rahmen des Bergbaugesetzes investiert haben, das ihnen 30 Jahre steuerliche Stabilität zugesichert hat, eingeführt wurden. Das Dekret, durch das die Ankündigung über die Marktfreiheit für neues Gas, konkrete juristische Form erhält, müsste sehr sorgfältig redigiert werden, um die rechtliche Unsicherheit auf ein tragbares Minimum herabzusetzen.

Die Fachleute sind allgemein der Meinung, dass Argentinien mit grosser Wahrscheinlichkeit über noch nicht entdeckte Gaslager verfügt. Sie stützten sich dabei auf die Tatsache, dass der grösste Teil des Gebietes, auf dem es gemäss geologischen Überlegungen Gas geben kann, noch nicht oder nur oberflächlich erforscht ist, so dass das Land wirklich Pech haben müsste, wenn keine neuen Lager gefunden werden. Ob sie vom Umfang von Loma de la Lata (Neuquén) sind, ist weniger sicher. Aber die Forschung ist teuer, weil es sich um schwer zugängliche

Gebiete handelt, weil tiefer gebohrt werden muss und auch, weil mehr Bohrungen pro qkm durchgeführt werden müssen, um auf kleinere Lager zu stossen. Auch müssen die Unternehmen Gasleitungen legen, um die Förderung neuer Lager an die grossen Fernleitungen anzuschliessen.

Oft werden Lager fündig, die sowohl Gas als auch Erdöl ergeben, wobei dann beide ausgebeutet werden müssen. Obwohl die Unternehmen beim Erdöl einen Preis am Ort von u\$ 30 bis u\$ 35 erhalten, also bestenfalls ein Drittel des Weltmarktpreises, sollte dieser Preis die Kosten decken, auch bei hohen Forschungsausgaben und bei Bohrungen von 4.000 Metern und eventuell mehr, und dabei noch einen Gewinn ergeben. Bei den bestehenden Bohrungen liegen die Kosten zwischen u\$ 15 und u\$ 20 je Barrel, so dass man annehmen kann, dass die Kosten bei neuen Lagern um u\$ 10 höher sein würden. Es wäre auf alle Fälle gut, wenn auch der Fall berücksichtigt würde, in dem das neue Erdöl noch teurer zu stehen kommt. Denn für Argentinien als Land lohnt sich jede Erdölproduktion, bei der die Kosten unter dem Weltmarktpreis liegen.

Diese neue Erdgaspolitik kommt mit gut drei Jahren Verspätung. Wir haben an dieser Stelle

LANXESS
Energizing Chemistry

La química mueve el mundo.
LANXESS mueve la química.

www.lanxess.com

die These des differenzierten Preises schon vor Jahren empfohlen, und die Experten waren entweder der gleichen Meinung, oder sie traten für eine allgemeine Anhebung des Preises ein. Doch die hohen Beamten dieser Regierung brauchen ihre Zeit, um auf kreative Lösungen zu stossen. Das war auch beim Erdöl so, wo schliesslich im Fall von Pan American in Chubut und Santa Cruz die Konzessionsdauer vorzeitig verlängert wurde, so dass Investitionen für Forschung und Förderung möglich wurden, weil sie eine längere Amortisationszeit hatten. Diese Politik war schon erfolgreich: Pan American hat die Erdölproduktion dank hoher Investitionen erhöht.